



IBA? Nigs DA!

Für eine soziale und selbstbestimmte Stadt!

Moin, Moin,

mal wieder haben wir unser Bestes getan um euch eine informative neue Zeck zusammen zu stellen.
Dabei müssen wir uns leider beklagen, dass uns nur wenige Texte erreicht haben und wir uns viel selber suchen mussten. Einen längeren Text zur Telekom und den Möglichkeiten einer militanten Kampagne haben wir dann doch bekommen, danke dafür.
Der Aufruf in der letzten Ausgabe, Gedanken zur Situation des Schanzenfestes zu schicken, ist bis auf einen Beitrag des EA's leider verpufft. Bleibt zu hoffen, dass die VV am 28.2. mehr hergibt.



Für April steht die Eröffnung der IBA in Wilhelmsburg an. Wir hoffen, die angekündigten Proteste gewinnen nochmal an Fahrt um den Stadtentwicklungspolitikern die Show zu versauen.

Auch zu den Aktionen rund um den 1. Mai hat uns bisher wenig erreicht. Ihr habt jetzt noch die Chance, uns für die nächste Ausgabe eure Ankündigungen zukommen zu lassen.

In eigener Sache müssen wir schon wieder betteln! Ernsthaft: Das Projekt braucht dringend Kohle und auch bei der Verteilung der Zeitung wurden wir schon mal viel besser unterstützt. Also stellt Spendendosen auf, schnappt euch einen Stapel Zeck's und legt sie aus.
Und wie immer: Texte bis zum zwanzigsten April im Postfach des Schanzenbuchladens, des Infoladen Schwarzmarkt oder der Flora abwerfen.

Wir verbleiben in der Hoffnung, dass der Winterschlaf nun langsam zu Ende geht und wir gemeinsam in ein widerständiges Frühjahr starten!

Die ZECK-Redaktion

PS: denkt doch bitte daran, dass ihr uns zu jedem Datenträger auch einen Ausdruck mitliefert! So haben wir zumindest die Chance, die Inhalte selbst nochmal abzutippen, falls sich das Speichermedium nicht öffnen lässt!

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Kurzes

Die Frauenflüchtlingskonferenz 19.04. - 21.04.2013 in Hamburg

Flüchtlingsfrauen sagen: „Es reicht!“ von der Flüchtlingsfrauenkonferenz zum Tribunal in Berlin

Liebe Freundinnen und Schwestern,
jede von uns trägt den Schmerz der Vergangenheit. Wir haben Armut, Elend, Krieg, politische Verfolgung, sexuelle Gewalt und Erniedrigung erlebt. Wir sind einen langen, beschwerlichen Weg gegangen und gemeinsam befinden wir uns hier in der Migration im Exil.

In den letzten Jahren ist uns vermehrt aufgefallen, dass gerade in unserem selbstorganisierten Kampf von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten die Beteiligung von Frauen sehr gering ist. Gerade wir Frauen, die die meiste Ausgrenzung, Erniedrigung und Ausbeutung in ihrem (Flüchtlings-) Alltag erleben, sind kaum im Kampf um die Befreiung und um die Besserstellung unserer Lebenssituation aktiv beteiligt.

Der Frage nach der geringen Frauenbeteiligung sind wir auf dem Break Isolation Camp in Erfurt im Sommer 2012 nachgegangen. Frauen, die wir in den Flüchtlingslagern besucht haben, schilderten uns ihre Isolation, ihre Ausgrenzung und ihre Ängste sowie das Fehlen eines organisierten Kampfes von Flüchtlingsfrauen für ihre Rechte. Aus diesem Grund organisieren wir die erste Flüchtlingsfrauenkonferenz, zu der wir uns die folgende Frage stellen:
Wie können wir uns noch stärker organisieren und für unser Recht auf politischen Widerstand eintreten?
Gemeinsam möchten wir auf der Flüchtlingsfrauenkonferenz mit allen Frauen über die Situation in unseren Herkunftsländern, unsere spezifischen Migrations- und Fluchtgründe und über unser Leben hier in Deutschland mit allen sexistischen, rassistischen und ausgrenzenden Gesetzen diskutieren.

Ziel der Konferenz ist die Bildung eines selbstorganisierten Frauenkampfes, der bei dem „internationalen Flüchtlingstribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland im vereinten Kampf gegen das koloniale Unrecht“ im Juni 2013 in Berlin zum Ausdruck kommen soll.

Zur Mobilisierung für die Flüchtlingsfrauenkonferenz treffen wir uns mit euch in den Isolationscamps, Lagern, Heimen, Gemeinschaftsunterkünften und mit Frauenbündnissen, die bereits mit der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen zusammen arbeiten, um gemeinsam mit euch über eure Situation zu sprechen und über die Flüchtlingsfrauenkonferenz zu informieren.
Hein-Köllisch-Platz 11, 20359 Hamburg
Kontaktemail:
refugeewomanconference@thecaravan.info

###

Gegen die Arbeit!

Veranstaltungsreihe gegen die tägliche Beherrschung unserer Leben!

Arbeit beherrscht unser aller Leben und das auf verschiedensten Ebenen. Fast keine Entscheidung wird heute getroffen, ohne dass nicht am Ende die Arbeit das letzte Wort hat. Menschen ziehen für sie weg, lassen Freunde und soziales Umfeld hinter sich. Menschen werden krank, machen sich kaputt, für... ja für was oder wen eigentlich? Für die Miete, mit der irgendwer reicher wird, für eine_n Arbeitgeber_in, die_der reicher wird, für den Staat, der reicher wird. Wir verhökern unsere Zeit, unsere Leben für Geld.
Nicht nur durch die Disziplinierung zur Arbeit, mit der wir sozialisiert werden und die uns in Schule und Uni einverleibt wird, sondern auch durch einen hohen Grad an Selbstunterwerfung, genährt durch sozialen Druck und Ängste, funktionieren wir!
Uns ist bewusst, dass ein so mächtiges Herrschaftsinstrument wie Arbeit nicht leicht zu bekämpfen ist, denn auf irgendeine Art und Weise sind wir alle von ihr gefangen. Aber gerade in Zeiten, wo die gesellschaftliche Individualisierung im Bezug auf Arbeit gerade zu einer Verherrlichung von Arbeit geführt hat, ist es nötig dem Ganzen etwas entgegen zu setzen.

Ob du prekär jobbst, dich arbeitslos mit den Repressalien der Behörden rum schlägst oder Tag für Tag damit verbringst auf der Arbeit die Uhr zu fixieren ... wir werden alle um unsere Leben gebracht.

Wir wollen unsere Ablehnung offen kommunizieren und Ideen fernab von Leistungszwang, Arbeitswahn und Fremdbestimmung entwickeln. Wo sich so oft die Kritik nur auf die Verbesserung von Arbeitsbedingungen beschränkt, wollen wir keine Verfeinerung der Unterdrückung, sondern wollen diese zerstören.
Der anarchistische Abend, die anarchistische Bücherei, die Solidaritätswerkstatt und Freund_innen machen im April und Mai eine Veranstaltungsreihe gegen Arbeit. An den Abenden sollen die verschiedenen Facetten von Arbeit beleuchtet und Ideen dagegen entwickelt werden.

Ideen für Widerstand, schärfen von Kritik, gegen die Arbeit, gegen jede Herrschaft! Für ein Leben in Freiheit!

Euch erwarten u.a.:
- Auftaktsdiskussion der Veranstaltungsreihe
- A-Abend zu Jugendarbeitsämtern
- Filmvorführung von „die Axt“
- Infoabend zur Zwangsarbeit im Knast
- „Lasst uns die Arbeit zerstören“ -Vorstellung und Diskussion von Texten gegen die Arbeit in der A-Büchere
- Buchvorstellung „Work“ von Crimethinc„Wie mit dem Arbeiten aufhören?“ - Möglichkeiten und Grenzen sich von der - Lohnarbeit zu befreien in der A-Bücherei
Blaumach-Brunch zum Austausch über Krankfeiern und Arbeitsamt ärgern.
Datum und Orte folgen, weitere Infos auf noprisonnostate.blogsport.de
###

Urteil im § 129b Prozess gegen Ali Ihsan Kitay: 2 Jahre und 6 Monate Haft

In dem im August 2012 vor dem Oberlandesgericht (OLG) Hamburg begonnenen Prozess gegen den kurdischen Politiker Ali Ihsan Kitay wurde am Mittwoch, den 13. Februar, das Urteil gesprochen. Die RichterInnen befanden den 47-jährigen Kurden schuldig, in den Jahren 2007 und 2008 die kurdische Arbeiterpartei PKK in Norddeutschland geleitet zu haben. Gegen Kaution wird Kitay bis zur Entscheidung über die Revision aus der Untersuchungshaft entlassen. Straftaten in Deutschland werden dem nach Paragraph 129b Strafgesetzbuch (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland) Angeklagten nicht vorgeworfen.
Bei diesem Prozess handelt es sich eindeutig um ein politisch motiviertes Pilotverfahren. Vier weitere Kurden stehen in Stuttgart, Düsseldorf und Berlin ebenfalls gemäß §129b vor Gericht, in zwei weiteren „Fällen“ wurde bereits Anklage erhoben. Erste Grundsatzentscheidungen wurden heute getroffen – in einigen der Verfahren drohen weit höhere Strafen.

Weg mit dem PKK Verbot! Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Hamburg: EA-Info zu laufenden Ermittlungen

Zu den Ermittlungen rund um ein „Screwdriver“-T-Shirt, Aussageverweigerung und mehr: Eine Info des EA-Hamburgs.

Am 21.01.2013 gab es eine Hausdurchsuchung im Wohnprojekt Kleiner Schäferkamp 46. Die Cops brachen morgens um 6 Uhr ohne zu klingeln die Tür auf. Anlass war ein Durchsuchungsbefehl mit dem Vorwurf des gemeinschaftlichen versuchten Totschlags gegen eine dort wohnende Person. Tatsächlich durchsuchten sie jedoch sämtliche Räume, machten Fotos einzelner Einrichtungsdetails und ließen keine_n der Bewohner_innen telefonieren. Der Vorwurf bezieht sich auf eine körperliche Auseinandersetzung am Neujahrsmorgen vor der linken Punkrockkneipe Skorbut. Dabei wurden zwei Personen verletzt von denen laut Medienberichten eine ein T-Shirt der Naziband „Screwdriver“ trug und im Rahmen einer Auseinandersetzung schwer verletzt im Krankenhaus landete. Nun ermittelt der Staatsschutz (LKA7) wegen versuchten Totschlags. Zwei zunächst am gleichen Tag festgenommene Personen sind sofort wieder freigelassen worden. Die stattgefundene Hausdurchsuchung basiert auf Facebookfotos von der Skorbut Seite. Den Verletzten wurden diese vorgelegt um die vermeintlichen Täter_innen zu ermitteln.

Offensichtlich wird die Ermittlung dazu genutzt sämtliche Personen und Zusammenhänge im groben Umfeld des Skorbuts zu durchleuchten. Von Polizei und Staatsanwaltschaft konstruierte Verbindungen reichen aus, um eventuell Teil der Ermittlungen zu werden. Daher ist mit möglichen weiteren Durchsuchungen, Zeug_innenvorladungen oder ähnlichem zu rechnen. Bewahrt Ruhe und lasst Euch beraten. Im Moment handelt es sich um ein Ermittlungsverfahren. Das bedeutet: es werden alle Aussagen gesammelt, die die Cops irgendwie kriegen können. Dabei spielt die vermeintliche Wichtigkeit oder Relevanz dieser Aussagen keine Rolle! Anna und Arthur halten das Maul. Egal wie absurd der Vorwurf wirkt oder harmlos die Fragen klingen! Ermittlungen bedeuten auch eine erst einmal große Personengruppe durch Ausschluss von Verdächtigen, auf einen kleinen Kreis zu reduzieren. Wenn wir verhindern wollen, dass die Strategie von Polizei und Staatsanwaltschaft aufgeht, so ist der beste Weg: Keine Aussagen, Keine Zusammenarbeit!

Wer wann welche Kneipen besucht, geht die Ermittlungsbehörden nichts an. Keine Aussagen bedeutet auch, keine Postings über diesen Abend auf Facebook, keine Gespräche darüber am Telefon oder Tresen... und vor allem auch keine Spekulationen, keine Nachfragen über den vermeintlichen Hergang des Neujahrsmorgen oder danach, wer sich am Abend in der Kneipe aufgehalten hat. Nicht nur bei diesen Ermittlungen gilt: soziale Netzwerk wie Facebook, Google+, youtube etc dienen den Behörden als nützliche Ermittlungswerkzeuge. Fotos und soziale Kontakte können hier leicht eingesehen werden. Persönliche Bilder und Partybilder stellen eine hervorragende Quelle dar, um Personen zu identifizieren und einzuordnen. Am besten ist es Medien wie Facebook etc gar nicht zu nutzen. Einen richtigen Umgang mit diesen kann es nicht geben. Siehe auch dazu: "Plötzlich plappern Anna und Arthur" auf http://nadir.org. Macht Hausdurchsuchungen öffentlich - betroffen sind wenige, gemeint sind wir alle! Durch Verschweigen bringt ihr Euch um Solidarität und gefährdet andere, die ansonsten aufmerksam werden, dass eventuell auch sie in den Fokus der Ermittlung rücken könnten. Wenn ihr Fragen, zb über eure Rechte und zu Strategien gegen Repression habt, Post von Polizei oder Staatsanwaltschaft (z. B. Zeug_innenvorladungen – auch Zeug_innen können sich bei Bedarf anwaltlicht vertreten lassen.) bekommt – meldet euch bei uns oder der Roten Hilfe.

EA-Hamburg

Der EA ist Montags ab 19 uhr erreichbar: 040 43278778, treffen könnt ihr uns nach Absprache.

Die Rote Hilfe ist Dienstags ab 19.30 im Centro Sociale

##################################

Ein Megafon, ein Jahr und 10 Monate Knast

Das Amtsgericht Dresden verurteilte den Antifaschisten Tim H. zu ein Jahr und 10 Monaten Haft – ohne Bewährung. Es sah als erwiesen an, dass Tim H. im Zuge der Gegendemonstrationen gegen einen Neonaziaufmarsch am 19. Februar 2011 in Dresden folgende Straftaten begangen habe: Körperverletzung, besonders schwerer Landfriedensbruch und Beleidigung. Letztere soll er mit dem Wort »Nazi-Schwein« gegenüber einem Polizeibeamten selbst begangen habe. Die beiden anderen Straftaten habe er zwar nicht selbst begangen, aber so gut wie: Mittels eines Megafons habe er andere dazu »aufgeheizt«, was den Richter zu dem Fazit führte: »Was andere getan haben, müssen Sie sich mit anrechnen lassen.« Von dieser Überzeugung ließ sich das Gericht nicht abbringen - schon gar nicht durch Fakten: Weder der Hauptbelastungszeuge der Anklage- ein Anwohner, der den Vorfall von seinem Balkon aus beobachtet hatte - noch vier geladene Polizisten, die vor Ort waren, identifizierten Tim H. als jene Person, die vor einer Polizeisperre ein Megafon trug und je nach Erinnerungswillen gerufen haben soll: »Durchbrechen!« und/oder »Nicht abdrängen lassen!«. Auf dem Polizeivideo ist einzig und alleine zu hören:»Kommt nach vorne!« Damit habe er sich der Mittäterschaft nach § 25, Absatz 2 StGB schuldig gemacht. Ein Paragraph, der in seinen esoterischen Ausdeutungen darlegt, wie man Täter ohne Tat werden kann, wenn es die wertende Betrachtung will: »Mittäter ist, wer nicht nur fremdes Tun fördert, sondern einen eigenen Tatbeitrag derart in eine gemeinschaftliche Tat einfügt, dass sein Beitrag als Teil der Tätigkeit des anderen und umgekehrt dessen Tun als Ergänzung seines eigenen Tatanteils erscheint. Jeder Beteiligte muß seinen Beitrag und den des anderen als Teil eines gemeinsamen Erfolges sehen. Ob ein Beteiligter ein so enges Verhältnis zur Tat hat, ist nach den gesamten Umständen, die von seiner Vorstellung umfasst sind, in wertender Betrachtung zu beurteilen.(…)

Für eine Tatbeteiligung als Mittäter reicht ein - auf der Grundlage gemeinsamen Wollens -die Tatbestandserfüllung fördernden Beitrag aus, der sich auf eine Vorbereitungs- oder Unterstützungshandlung beschränken oder in einer geistigen Mitwirkung liegen kann.« Lassen wir einmal dieses Urteil, den Zauberstab § 25, Absatz 2 StGB so stehen, verbinden wir beides mit dem Gebot der Rechtsgleichheit, dann wird eine Anklage wegen Beihilfe zu Mord in mindestens neun Fällen für die der Nationalsozialistische Untergrund/NSU verantwortlich gemacht wird gegen die zwischen 2000 und 2006 amtierenden Innenminister von Thüringen und Sachsen gegen die Behördenchefs der Verfassungsschutzämter in Thüringen und Sachen und gegen den Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz/BfV zu einem sicheren, der Abschreckung dienenden Urteil zwischen drei und fünfzehn Jahren führen. Genügen in diesem Land zur Verhängung einer Haftstrafe von fast zwei Jahren, ein Megafon und ein Gesetz, dem »geistige Mitwirkung« als Straftat völlig ausreichen, dann kann man im Fall der längst fälligen Prozesse gegen führende Staatsbeamte von einem Berg von Beweisen ausgehen, von der Evidenz eines Tatbeitrages, der eine Anklage wegen Beihilfe zu Mord ausreichend begründet. Kommt nach vorne! Ein weiterer Tatbeitrag.

Wolf Wetzel

Stellungnahme des Ermittlungsausschuss Hamburg (EA) zur Debatte um das Schanzenviertelfest

Von Seiten der EA-Struktur ist die Diskussion über das Fest und insbesondere der Ablauf des Abends keine neue.



Konkret auf unsere Tätigkeit bezogen fragen wir uns bereits seit Jahren immer wieder aufs neue ob und inwieweit wir als EA zur Verfügung stehen.
Auch die Zahl der potenziell zur Verfügung stehenden und motivierten Rechtsanwält_innen schrumpft von Jahr zu Jahr.

Im Laufe der Jahre haben wir daraufhin verschiedene Möglichkeiten des Umgangs unserer EA-Arbeit im Rahmen des Schanzenfests ausprobiert. Aber auch der Versuch der Intensivierung unserer Tätigkeiten -- durch mehr Infos und Tipps vorab und einer starken Präsenz auf dem Fest (Floraplakatwand, intensives Flyer verteilen tagsüber und Jingle-Einspielungen von der Bühne aus) -- hat aus unserer Sicht keine positive Veränderung im Antirepressionsbereich bewirkt.

Darüber hinaus sehen wir die Auseinandersetzungen bis hin zu den Messerstichen im vergangen Jahr als Ausdruck einer Entwicklung im Viertel, die sich auch auf dem Schanzenfest wiederfindet.

Daher sind wir uns auf der Ebene des technischen Umgangs, was die EA-Tätigkeit angeht, schnell einig geworden:

1. Bleibt das Fest mehr oder weniger wie es ist, stehen wir nicht als Struktur zur Verfügung.
2. Generell stehen wir dann zur Verfügung, wenn wir konkret, und mit konkreten Absprachen und Zeiten, angefragt werden. Das gilt natürlich auch für Aktionen im Rahmen eines möglicherweise weiterhin stattfindenden Festes.

In der allgemeinen Beurteilung des Schanzenfestes konnten wir uns nicht einig werden. Unsere Positionen gehen von: "ich brauch das Fest gar nicht" bis: "ich hätte gerne, dass es wieder mehr mein Fest ist".

Positive Aspekte finden wir alle nach wie vor. Der Innenhof mit "Talkshow" im letzten Jahr, schöne Erlebnissen auf dem Flohmarkt, gelungene Infostände und das allgemeine Wiedersehen mit alten Bekannten sind nur einige davon. Auch neben dem Schanzenfest tat sich etwas im Viertel: die Treppenkonzerte vor der Flora und die Brunch-Besetzungen auf der Piazza sollten als positive Impulse in der Diskussion um das Fest nicht vergessen werden.

Allerdings fragen wir uns ebenfalls:

* Funktioniert der positive Ansatz der Selbstorganisierung des geöffneten Raums? (bereits beim Standaufbau versuchen Leute sich mithilfe der Cops "ihren" Platz zu "erkämpfen", kommerzielleFlohmarkt- und Gastroständе bestimmen das Bild, aber auch einige linke Gruppen verkaufen gerne ihren "Soli-Schnaps")

Könnte eine räumliche Verschiebung weg von Gastro und Kioskmeile Piazza etwas daran ändern?

* Richtet sich das Fest (zu oft) gegen linke Ansätze? (zum Beispiel durch die Verletzungen, die Besucher_innen durch das unmotiviert willkürliche Werfen und Schlagen mit Gläsern und Flaschen davon trugen, und wir sprechen hier nicht von in guter Absicht schlecht geworfenem Leergut., oder bei der Besetzung in der Rosenhofstraße, als das Soundsystem vor dem Haus die Cops gerufen hat -- ein Soundsystem das im übrigen auch bei den kommenden Festenseinen angestammten Platz halten konnte)

* Wie groß ist der Anteil derer innerhalb der linken Szene, die sich absichtlich, aus ihrer Analyse des Festes, aus der Beteiligung heraus gezogen haben und daher auch nicht einfach wieder mobilisiert werden können?

* Die Frage, ob ein Großteil der Linksradikalen eine positive Konfrontation wünscht oder auf Befriedung aus ist, finden wir in diesem Zusammenhang nicht zielführend.

Den Zorn gegen die kapitalistische Gesellschaft gemeinsam auf die Straße zu tragen finden wir gut und sinnvoll -- nur sollte der revolutionäre Wille erkennbar sein und nicht spontan im Rausch entdeckt und ausgelebt.

Wenn das ganze ein Akt der politischen Demonstration ist sollte es nicht den Anschein eines aus dem Ruder gelaufenen Schützenfestes haben.

EA Hamburg

Ausstellung im Centro Sociale:

Kultur und Widerstand von 1967 bis heute

Die Ausstellung „ Kultur und Widerstand von 1967 bis heute“ findet im Rahmen des 18. März, dem „Tag des politischen Gefangenen“ statt. Sie beginnt am Samstag, den 16. März und endet am Sonntag, den 24. März.
In der Ausstellung werden politische Plakate, politische Inhalte in Form von Aquarellen vom Tel al- Zaatar Massaker in Palästina aus dem Jahre 1976, Acrylarbeiten zu Gentrifizierung, Paolo Neri`s Mosaike zu den 8 politischen Gefangenen aus der BRD, die den Knast nicht überlebten als A3-Ausdrucke gezeigt, sowie Karikaturen und Pop Art ausgestellt und versteigert.

Die Ausstellungseröffnung ist am Sa., den 16. 3. 13, um 19 Uhr, im Centro Sociale, Sternstr. 2, in Hamburg.
Die Ausstellung ist vom 17. 3.- 24. 3. immer ab 15 Uhr geöffnet, außer am Freitag 22.3. ab 19h

Während der Ausstellung gibt es eine Veranstaltungsreihe:

So., 17. 03., 16 Uhr:
Widerstand von Frauengruppen
Mit einem Beitrag von der "Vertreterin des Rates der Kurdinnen in Hamburg“ und weiteren Aktivistinnen. Für Frauen

Mo., 18. 03., 19 Uhr:
Buchvorstellung und Lesung“ Eine kurze Einführung in die Geschichte der RAF“. Zusätzlich gibt es Informationen zu Sigurd Debus, der 1981 in einem Hungerstreik starb.

Di., 19. 03., 19 Uhr:
„Freies Netzwerk zum Erhalt des Schanzenparks“ - Gentrifizierung und Widerstand, Gefahrengebiete, Platzverweise , Öffentlicher Raum.
Trotz Repression – wir machen weiter!
Neben Anderen berichten die USP (Ultras St. Pauli) über ihre Erfahrungen mit dieser Thematik.

Fr., 22.0 3., 19 Uhr:
Premiere des nicht-kommerziellen Anti-AKW-Films „Unser gemeinsamer Widerstand“ von einer Ottensener BI-Filmgruppe, 75 min, 2013. Es werden verschiedene Widerstandsformen an Orten wie Wyhl, Gorleben, Grohnde, Brokdorf und Wackersdorf gezeigt. Noch nie zuvor gezeigte Dokumentar-Szenen, die tief berühren, äußerst spannend dargestellt. Der Film macht einfach Mut.
Anschließend Diskussion.

Sa., 23. 03., 18 Uhr:
Geschichte und Erfahrungen von 40 Jahren Häuserkampfbewegungen bundesweit.
Speziell in Hamburg wurde vor 40 Jahren die Ekhofstr. in Hohenfelde besetzt, in den 80er Jahren die Hafenstraße. Auch über heutige Besetzungen wird berichtet.
Dazu werden Radiobeiträge und Filme gezeigt. Anwesend sind auch ehemalige BesetzerInnen.

So., 24. 03., 15h Uhr:
Internationalismus gestern und heute. Mit Beiträgen der “Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten” und weiteren AktivistInnen.
Lesungen von Thorwald Proll: “Vor einer solchen Justiz verteidigen wir uns nicht” Aus dem Schlußwort im Kaufhausbrandprozeß (Frankfurt 1968)
Mit der Versteigerung der ausgestellten Kulturobjekte und Musik endet die Ausstellung.

Danksagung
Wir bedanken uns ganz herzlich bei unseren UnterstützerInnen dem „Archiv der sozialen Bewegungen Hamburg“ aus der Roten Flora.

Ausblick
Diese Ausstellung „ Kultur und Widerstand von 1967 bis heute“ endet am 24. März und reist dann als Wanderausstellung nach Berlin, Stuttgart und endet in Magdeburg.
Der Erlös der Versteigerungen geht an das “Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen” und die Zeitschrift “Gefangenen Info”.

Gefangenen Info
Hervorgegangen ist das „Gefangenen Info“ aus dem „Hungerstreik Info“, das im Zuge des kollektiven Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und des anti-imperialistischen Widerstands im Februar 1989 entstanden ist. Seit damals begleitet diese Zeitschrift den Widerstand, dokumentiert und thematisiert Repression und dient darüber hinaus als Info(rmation) für Gefangene. Nach Ende des Hungerstreiks wurde das Projekt als „Angehörigen Info“ von Angehörigen und FreundInnen der Gefangenen weitergeführt. 2009 übernahm das „Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen“ zusammen mit Einzelpersonen schließlich die Herausgabe des Gefangenen Info. „Damals wie heute hat das Gefangenen Info das Ziel, eine effektivere Öffentlichkeitsarbeit gegen Repression und die Desinformation zu leisten und den politischen und rebellischen Gefangenen, ihren Inhalten und dem Hintergrund ihrer Kämpfe eine Plattform zu bieten. Dabei ist unser erklärtes Ziel, die staatlich verordnete Isolation zu durchbrechen, den gefangenen GenossInnen den Rücken zu stärken und die notwendige Kommunikation zwischen den Inhaftierten und der Bewegung draußen aufrecht zu erhalten, sowie gleichzeitig die Bedingungen für eine Verbindung von den Kämpfen in den Knästen mit den Kämpfen draußen zu entwickeln.“ (Redaktion des Gefangenen Infos)
Gefangenen Info, c/o Soziales Zentrum
Alexander-Puschkin-Str. 20
39108 Magdeburg

Redaktion:
redaktion@gefangenen.info
Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen
Die Initiative „Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen“ gibt es in Berlin, Hamburg, Magdeburg und Stuttgart. Das Netzwerk ist 2006 aus der ATS (Anti-imperialistischen Türkei Solidarität) hervorgegangen.
„Da die politische Gefangenschaft aus den existierenden Verhältnissen hervorgeht, d. h. die Gefängnisse die Reaktion des kapitalistischen Systems gegen den Widerstand für Gerechtigkeit sind, vertritt das Netzwerk die Auffassung, dass die Solidarität mit den politischen Gefangenen integraler Bestandteil aller politischen und sozialen Kämpfe sein muss. Und da uns heute Ausbeutung und Repression in weltweit verschärfter Form entgegentritt, sieht das Netzwerk die Notwendigkeit, diese Solidarität über die Grenzen hinweg zu stärken und die internationale Solidarität als unsere Antwort auf ihre Repression einzusetzen.“ (Aus der Präambel des Netzwerks)

Kontakt zum Netzwerk:
hamburg@political-prisoners.net
berlin@political-prisoners.net
magdeburg@political-prisoners.net
stuttgart@political-prisoners.net

V.i.S.d.P :
Netzwerk Hamburg Freiheit
für alle politischen Gefangenen

IBA? Nigs DA!

Für eine soziale und selbstbestimmte Stadt

Am 22.03.2013 startet die „Internationale Bau Ausstellung“ (IBA) in ihr Präsentationsjahr, am 26.04.2013 öffnet die „internationale gartenschau“ (igs) für ein halbes Jahr ihre Tore in Hamburg Wilhelmsburg.
IBA und igs sind langjährig geplante, großangelegte Vorzeigeprojekte der Hamburger Stadtentwicklungspolitik. Als „Meilensteine“ des sogenannten „Sprung über die Elbe“ folgen beide einer klaren Agenda: „Die Elbinseln und die südlichen Stadtviertel [...] werden gezielt aufgewertet“. Eingebettet in das Programm einer „Wachsenden Stadt“ versucht Hamburg sich so weiter als „grüne Metropole“ zu profilieren, um damit im globalen Standort-Wettlauf der Metropolen zu punkten.

Wer genau dabei überhaupt wohin springt, was es/sie/er da will und was das dann alles mit sich bringt wollen wir hier einmal anschneiden.
Im Rahmen der Umsetzung dieser Stadtentwicklungsziele („Wachstum mit Weitsicht“) versuchen IBA/igs „mit innovativen Bau-, Bildungs- und Energieprojekten“ den Stadtteil in einer Weise zu entwickeln, die „den modernen Ansprüchen einer internationalen Stadtgesellschaft“ im 21. Jahrhundert entsprechen soll. 3
IBA/igs treten dabei als innovativ auf, bedienen sich häufig einer linksliberalen Sprache. Themen wie Klimawandel und Migrationsgesellschaft finden sich in ihren Veröffentlichungen und Projekten angesprochen. Sie geben vor, auf solche gesellschaftlichen Fragen Antworten zu finden und entwikkeln schillernde Gesellschaftsentwürfe für die Metropole. Umso wichtiger ist es, sich Sprache, Konzepte und Umsetzung von IBA/igs genauer anzuschauen, um einschätzen zu können, wessen Forderungen und Interessen tatsächlich vertreten werden.
Als Programm der Stadtentwicklung hat zum Beispiel die IBA drei Leitthemen entworfen. Das Thema „Stadt im Klimawandel“, greift Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen auf (aus dem Georgswerder Müllberg wird der „Energieberg“, aus Biotopen werden für die Ausstellung versiegelte Flächen), also „Wachstum im Einklang mit der Umwelt“. Verwertung von industrieverseuchten Flächen wird unter dem Schlagwort „Metrozonen“ betrieben und die Themen Ausschlüsse, soziale Integration, Migration und Rassismus bearbeitet die IBA unter dem Motto „Kosmopolis“. IBA (und auch igs) versucht also auf eine andere Weise als konservative Institutionen (z.B. Vergabestopp an „Ausländer_innen“ bei der SAGA) auf die Migrationsgesellschaft und die bisherige Wohnungsbelegungspolitik in Wilhelmsburg zu reagieren.
Ob sich die Bewohner_innen durch das IBA-Konzept „bunte Stadtgesellschaft“ repräsentiert sehen, ist durchaus fraglich. Ein Blick auf die Bildsprache der Werbebroschüren und Internetauftritte macht jedoch deutlich, wie die Schöne-Neue-IBA-und-igs-Welt aussehen soll: Teure Kostüme, Aktentaschen und vor allem weiße 1,39-Kinder-Familien. Durch die gezielte Anwerbung von Studierenden und einer „kreativen Klasse“ soll dabei sowohl langfristig der Grundstein für eine solche Zukunft gelegt werden, als auch unmittelbar eine Veränderung des Images von Wilhelmsburg und Veddel erreicht werden.
Vermag ein Imagewandel des Stadtteils die Suche nach Ausbildungsplätzen vielleicht zu erleichtern, saubere Parkanlagen die Sommer für einige netter zu gestalten, nachhaltige Bauweise und angestoßene Sanierungen überaus notwendig sein, ändert sich für die Bewohner_innen unterm Strich jedoch wenig zum Positiven.
Ob zum Beispiel die politische Entscheidung gegen eine Sanierung von Wohnungen im Interesse der Mieter_innen und stattdessen für „klimaneutralen Neubau“ (inklusive Baustellenbedarf, Biotopvernichtung, Werbeaufwand etc.) wirklich nachhaltiger ist, kann zumindest angezweifelt werden.

So zielt die hier vertretene Form der Stadtentwicklung eben nicht darauf ab, soziale Teilhabe zu ermöglichen, gute Jobperspektiven und neue Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen oder Mieten einzufrieren. Effekte von Stadtentwicklung mit IBA/igs sind also keine Besserstellung der Bewohner_innen. Aber die Bearbeitung von sozialen und Umweltfragen mit IBA/igs rentiert sich: Denn IBA wertet das Image der „Marke Hamburg“ auf, schafft Investitionsmöglichkeiten und führt zu Wertsteigerungen der Grundstücke und Immobilien – auf Kosten der Bewohner_innen, die dieses nicht nur durch Millionen Euro aus Steuereinnahmen, sondern auch durch damit einhergehende Verteuerung der Miet- und Lebenshaltungskosten bezahlen müssen.

Mieten und Wohnen: Gentrifizierung? Bevölkerungspolitik!
Wenn IBA ebenso geringe Zahlen für Neubau aufweisen kann wie die Stadt, so bleiben Wohnungen – vor allem bezahlbare – knapp. Die nun von der Stadt geplanten 1200 Wohnungen in gesamt Hamburg, deren Mietpreis zunächst bei 5,90 Euro / m² liegen soll, und für die unter dem Thema „Mietenwahnsinn“ stadtweit gekämpft wurde, gleichen nicht einmal die aus der Bindung fallenden Wohnungen allein in Wilhelmsburg aus.

Wohnraum wird also knapper und teurer und der Zugang durch Konkurrenz und rassistische, sowie weitere diskriminierende, Wohnungsvergabe erschwert. Im Zusammenspiel von den Auswirkungen eines immer knapperen Wohnungsmarktes, der Leute in anderen Stadtgebieten vergeblich suchen lässt, und einer gezielten Anwerbung von Studierenden und einer „kreativen Klasse“, zum Beispiel im Rahmen des „Kunst- und Kultursommer 2007“, kam es in Wilhelmsburg und Veddel tatsächlich zu einem vermehrten Zuzug junger, häufig weiß-deutscher Kleinfamilien, von Studierenden und Wohngemeinschaften.

2016 gibt es in Wilhelmsburg / Veddel nur noch ca. 4000 Sozialwohnungen, was 20% des gesamten Wohnungsbestandes, nicht aber der Zahl der Haushalte mit geringem Einkommen in dem Stadtteilen entspricht. „Als besonders verdrängungsgefährdet werden Haushalte angesehen, deren monatliches Nettoeinkommen weniger als 1.500 Euro beträgt.“ Hierzu gehören nach den Ergebnissen der durchgeführten Haushaltsbefragung mehr als die Hälfte aller Haushalte auf der Veddel, im Reiherstieg- und Bahnhofsviertel. Angebotsmieten steigen seit 2006 um 21% auf 7,18Euro / m². Das entspricht 574,40 Euro plus rund 250 Euro Nebenkosten für eine 80m² große Wohnung für eine Kleinfamilie, die vielleicht ein Einkommen hat, das der doppelten Summe der Warmmiete entspricht und davon auch noch sich und ihren Kindern den HVV und Essen bezahlen soll. Auch wenn sich numerische Wegzüge aus Wilhelmsburg feststellen lassen, wird es auch für viele langjährige Bewohner_innen immer schwieriger passenden Wohnraum zu finden.



Erkennen lassen sich außerdem Umzüge von Wilhelmsburg West nach Ost. Die meisten Wohnungen werden versucht zu halten. Das bedeutet einerseits, dass der Teil an Lebensqualität, der mittels Geld erzielt werden kann, sinken muss und andererseits, dass zum Beispiel die Familienplanung einiger stark durch mangelnde Ausweichmöglichkeiten beeinflusst wird. Im allgemeinen bietet die Wohnungsmarktsituation nicht die notwendige Flexibilität, die persönliche Lebensentwicklungen brauchen, Umzüge im eigenen sozialen Wohnumfeld werden erschwert. Dies führt oft zu Stress, dem Verbleib in destruktiven Beziehungskonstellationen und zu häufigem, erzwungenem Wegzug.

Übrigens:
Während die Mieten in Wilhelmsburg um 21% stiegen, so beträgt die Mietsteigerung in Billstedt, einem Stadtteil, welcher nicht durch ein zusätzliche IBA/igsProjekte „aufgewertet“ wird, 14%. Die Auswirkung von IBA scheinen also gut erkennbar.

igs 2013 – eine harmlose Blümchenschau?

Die igs ist lange Zeit verhaltener kritisiert worden, meist im Hinblick auf Naturzerstörung und Kahlschlag. Doch die igs ist nicht das belanglose Blümchenbeiwerk zur Bauausstellung. Die geplante Verlegung der Wilhelmsburger Reichstraße führte zu großem Unmut, Kleingärten wurden abgerissen, der Friedhof umgewühlt. Der Adolf-Menge Park wurde schon 2009 umzäunt und bleibt größtenteils für die Öffentlichkeit abgesperrt, Privatisierung wurde vorangetrieben und mehrere tausend Bäume gefällt. Vielfach entwickelte sich Protest: „wütende Gartenzwerge“ standen in den Schrebergärten, Zäune am Park wurden immer wieder umgerissen oder geöffnet, Bagger um Benzin angezapft, die Fällungen mit Demonstrationen und Einwendungen begleitet. Es wurde schnell klar:: Baumgartens Veranstaltung wird mehr als nur ein Blumenmeer. Die Deutsche Bundesgartenschaugesellschaft, Anteilseignerin der igs GmbH, propagiert denn auch seit 50 Jahren, dass eine Gartenschau eben auch stadtentwicklungspolitisches Instrument ist,: „Gartenschauen stoßen integrierte Stadt- und Regionalentwicklungsprozesse an“ (Jochen Sandner, Geschäftsführer der DBG).

Neben ihrer Funktion, der Gartenbau-Industrie eine kostenlose Handelsmesse und staatlich subventionierte Präsentationsflächen zu bieten, “entwickelt” die igs GmbH also die Region durch Aufwertung und Privatisierung öffentlicher Räume. Städtische Grundstücke werden verkauft, verpachtet, vermietet, etwa für die IBA, eine Kletter- oder Schwimmhalle. Der Zaun wird gesetzt ohne dass es einen Flächenersatz für Anwohner_innen gäbe. Solche Privatisierungen bringen private Nutzungsrechte und Bestimmungen mit sich, wie (schlechtbezahlte) Securitys, Hausrechte, Videoüberwachung, Parkschließzeiten und Kommerzialisierungsmöglichkeiten. In diesen Punkten ist die igs auch ein Experimentierfeld für eine Neugestaltung der Parkflächen in ganz Hamburg, dies steht im Kontext mit dem Umgang gegenüber öffentlicher Flächen in modernen Metropolen weltweit.
Die Naturzerstörung im Rahmen der igs ist nicht planlos, sondern schafft erst die zu entwickelnden Flächen, die so geräumt an neue Investoren vergeben werden können. Darüber hinaus bringt sie weiteres Einsparpotenzial für die Kommune, die sich ja nun nicht mehr um Baum- und Landschaftspflege kümmern muss. Das, was von Parks mit naturnahen Wiesen und Bäumen übrig geblieben ist, sind günstig zu pflegende Wege, Betonwiesen und Zäune. Ein gewünschter Nebeneffekt sind die Begradigungen und Sichtachsen auch für die zunehmende Überwachung des öffentlichen Raums. „Ausgleichsmaßnahmen” für die mehr als 5.000 für Baumgarten gefällten Bäume sind wenig transparent, finden größtenteils weit entfernt von der eigentlichen Abholzung statt und ihr Erfolg ist zweifelhaft, zumal selbst offiziell mit 25 Jahren für das Nachwachsen des “Baumersatzes” gerechnet wird.

Und nun?

IBA und igs haben neben Effekten wie Mietsteigerung und Entfremdung der Umgebung für Anwohner_innen etc. eine positive mediale Außenwirkung. Vor allem in Kreisen der Stadtplanung und Architektur wirkt IBA und igs als erfolgreiche Modellprojekte scheinbar integrativ im Umgang mit sozialen Fragen, Flächennutzung und Umweltanforderungen. So leicht sich hier in Wilhelmsburg der Schmu des Anpinselns erkennen lässt, so farbenfroh glänzen die IBA-schen Antworten als ideengebend für globale Metropolen in globalen Fragen. Diese Fragen gilt es allerdings selbst zu entwickeln und selbst zu beantworten!
Wünschenswert wäre ein kontinuierlicher, reflektierter, vielseitiger und selbstbestimmter Protest, der weder zentralisiert, gleichgeschaltet noch identitätsschöpfend (also nicht: „WIR Wilhelmsburger_innen“, „WIR Protestler_innen“…) ist. Jede_r sollte eigene Ausdrucksweisen hierzu finden, respektvoll und solidarisch mit allen Betroffenen umgehen; hieraus könnte sich ein gesellschaftlicher Gegenentwurf im Umgang miteinander entwickeln.

Für den 26. April ist schon eine Großdemo zur igs-Eröffnung angekündigt

Keine Solidarität mit FEMEN!

Wir sind wütend und ziemlich fassungslos darüber, wie Femen Germany am 25.01.2013 ihren Protest gegen Sexarbeit in der Herbertstraße in Hamburg zum Ausdruck brachten. Mit nackten Oberkörpern, bemalt mit Parolen und „mit brennenden Fackeln bewaffnet, marschierten [sie] in Formation"(1) durch die Herbertstraße, die von beiden Seiten mit Sichtschutz abgeschlossen ist. Die Tore wurden von den Nazis in den 1930er Jahren eingerichtet und nun knapp 80 Jahre später von den Femen Germany um die Aufschrift „Arbeit macht frei" ergänzt.

Diese unfassbare Analogie von Holocaust und Sexarbeit zieht sich durch die gesamte Aktion der Femen Germany; sie vergleichen die „Bordellstraße" Herbertstraße mit nationalsozialistischen Vernichtungslagern: „In KZs [wurden] Menschen zerstört und die Prostitution zerstört auch die Seelen der Frauen. Das ist ein Genozid an Frauen, was hier passiert"(2) und stellen mit ihren Plakaten „sexindustry is fascism" die Sexindustrie mit Faschismus auf eine Stufe. Diese Aussagen sind blanker Hohn gegenüber den Überlebenden und all den in der Shoah ermordeten Menschen. Die Gleichsetzung von Genozid und Sexarbeit ist einfach … (…uns fehlen die Worte…). Sexarbeit = Massenmord?! Ja nee ist klar…

Jedoch ist die Analogie von Sexarbeit und Shoah nicht das einzige, was uns an der Aktion und an Femen Germany wütend macht. Der Blick auf Sexarbeit ist durch eine unerträgliche Viktimisierung und antifeministische Beschränktheit geprägt. Sexarbeit ist eine selbstbestimmte und freiwillige Tätigkeit – so freiwillig wie Lohnarbeit im kapitalistischen System nun mal sein kann. Sexarbeit stellt eine Form der Dienstleistung dar, die Sex oder sexuelle Dienstleistung als Ware verkauft und nicht den Körper. Die Körper gehören den Sexarbeiter*innen!

Sexarbeit ist als Arbeit anzuerkennen, die aufgrund unterschiedlichster Motive oder eben auch aus Notlagen heraus ergriffen wird. Wer die Frage nach der Freiwilligkeit von Sexarbeit aufwirft, muss sich auch generell der Frage nach einer Freiheit der Wahl von Lohnarbeit im kapitalistischen System widmen. Jenseits der vermeintlich „freien Berufswahl" steht Lohnarbeit an sich überhaupt nicht zur Diskussion.(3) Eine Kritik, die in diese Richtung geht, suchen wir bei Femen Germany vergebens.

Sexarbeit muss von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung, oder wie Femen es nennt, „de[m] Import von Fleisch aus Osteuropa", getrennt betrachtet werden. Bei Menschenhandel handelt es sich um Gewalt und Vergewaltigung und nicht um Prostitution!

Mit ihrer Rhetorik vom „Fleisch" und ihrer Annahme, dass Prostitution grundsätzlich traumatisierend wirkt – egal ob freiwillig ausgeübt oder nicht – verbleiben Femen in der gleichen respektlosen Sicht auf Frauen*, wie sie es der Sexindustrie vorwerfen.

Sie sprechen damit Sexarbeiter*innen jegliche Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit ab. Und unterstellen damit, dass Frauen* eben nicht zu jeder Zeit, mit wem sie wollen, wie sie wollen und zu ihren Bedingungen Sex haben dürfen und können ohne dass sie damit ihre „Seele" zerstören.

Was bitte ist daran feministisch?

Femen fordern, Prostitution durch gesetzliche Reglementierungen abzuschaffen. Damit würden alle Sexarbeiter*innen kriminalisiert.

Wem wäre damit geholfen? Den Frauen* die dann in der Illegalität arbeiten müssen?

Femen Germany sieht alle Frauen* die in der Sexarbeit tätig sind, als wehrlose Opfer, die wohl nur darauf warten, dass sie von barbusigen Fackelträger*innen mit Hakenkreuzbinden befreit werden. WTF?!

Und wenn alle Prostituierten befreit sind, dann sind auch alle anderen Frauen* von Unterdrückung befreit? Diese Sichtweisen ignorieren bestehende patriarchale Strukturen und Mechanismen. Femen Germany wollen zwar das Patriarchat abschaffen, jedoch ist ihr „Revolutionsziel": „Am Ende steht das Matriarchat". Diese Aussage von Femen Germany-Anführerin [sic!] Alexandra Schewtschenko aus einem Interview mit der Zeit4 zeigt zweierlei: Der Wunsch nach einer Umkehr der Machtverhältnisse, d.h. die weitere Unterdrückung von Menschen als Ziel der Revolution und die Annahme einer dichotomen Zweigeschlechtlichkeit.

Was genau ist daran jetzt revolutionär?

In ihrer Internetpräsenz berufen sich die „morally and physically fit soldiers" Femen auf ihre Waffen: „hot boobs"(5). Auf allen Bildern von Femen in der Presse ist somit vor allem eines zu sehen: Brüste. Nackt. Genau das macht uns stutzig. Brüste zu sehen schockt ja nicht mehr wirklich in einer Medienlandschaft, in der sogar Margarine mit nackten Frauenkörpern beworben wird.

Klar, Brüste bringen immer noch mediale Aufmerksamkeit, das funktioniert. Aber warum bringen Femen – egal um welches Thema es geht – ihre Brüste ins Bild? Auf jeden Missstand mit Ausziehen zu reagieren kann also entweder eine extrem geniale Masche sein, oder – ja, was denn eigentlich? Bei Femen werden Brüste für und durch den ‚männlichen Blick' gezeigt. Ist es nicht mindestens fragwürdig, mit den Mitteln der sexistischen Medien in einem sexistischen System gegen Sexismus kämpfen zu wollen? Wird dabei nicht vielmehr ein Beitrag geleistet zur Reproduktion der Verhältnisse, die eigentlich kritisch ins Visier genommen werden sollen? Leistet das Ausziehen nicht vielleicht einen weiteren Beitrag zur Objektifizierung und Sexualisierung von Frauen*körpern? Insbesondere, wenn eben ein sehr stereotypes Körperbild vermittelt wird?
Wie kann Ausziehen noch selbstbestimmt sein, wenn es klar ist, dass nur so die gewünschte Aufmerksamkeit erreicht wird? Und darüber hinaus macht es doch gar keinen Sinn, sich zuerst auf eine Aktionsform festzulegen, um sich dann Themen zu suchen, die dazu mehr oder weniger passend erscheinen. Interessiert sich denn jemand wirklich für die Themen, die Femen-Aktivistinnen mit ihren Brüsten in die Medien bringen? Oder bleibt die Aufmerksamkeit nicht viel mehr nur an ihren, vorwiegend den vorherrschenden Schönheitsidealen entsprechenden, Körpern hängen?

Die Aktion in der Herbertstraße lässt mehr als nur einen schalen Geschmack zurück. Die Reduzierung von Frauen* auf Opfer, die Analogie zu Faschismus, Holocaust und Genozid; die fragwürdigen Statements und die Berufung auf eine Revolution, die nicht die unsere ist – all das und nicht zuletzt die ständige Bezugnahme auf Nationalsymboliken (z.B. Flagge von Deutschland) lässt uns zu dem Schluss kommen, dass Femen, obwohl sie sich als Feministinnen begreifen, mit uns nichts gemeinsam haben, extrem kritikwürdig sind und es uns mehr als unmöglich machen, ihren Wünschen nach feministischer Solidarität nachzukommen.

diss_
queerfeministische gruppe hamburg

(1) Facebook-Seite Femen Germany
(2) Hamburger Femen-Aktivistin Irina Khanova im Mopo-Interview
(3) siehe auch: http://rechtaufstrasse.blogsport.de/2011/06/20/recht-auf-strasse/
(4) http://www.zeit.de/sport/2012-06/interview-femen-ukraine-protest
(5) femen.orgook-Seite Femen Germany

m.i.l.i.T.a.n.z - connecting people

Der folgende Text ist der Versuch einer Konkretisierung einiger Gedanken aus den „antagonistischen Nachtwanderungen" (La Rage 7) anhand einer möglichen Kampagne gegen die Telekom.

Deutsche Telekom AG
Die Deutsche Telekom AG mit Sitz in Bonn ist Europas größtes Telekommunikationsunternehmen. Sie ging aus der Privatisierung der staatlichen Deutschen Bundespost und deren Bereichen für Telekommunikation und Fernmeldedienst (die sogenannte „Graue Post" hervor. Das Unternehmen betreibt technische Netze (ISDN,DSL, Satelliten, Gigabit-Ethernet) für den Betrieb von Informations- und Kommunikationsdiensten (IuK), etwa Telefonen (Festnetz und Mobilfunk) oder Onlinediensten. Sie ist außerdem einer der wichtigsten Betreiber von Rundfunksendern in Deutschland, Zudem sind alle wichtigen Rundfunksendeanlagen in den neuen Bundesländern Eigentum der Deutschen Telekom AG. In den alten Bundesländern werden die Programme der privaten Rundfunksender (mit Ausnahme von Europe 1), die des Deutschlandfunks, des Deutschlandradion und des ZDF über Anlagen der Deutschen Telekom verbreitet. Auch die Senderkette AFN nutzt an einigen Standorten Sendeanlagen der Deutschen Telekom zur Verbreitung ihrer Programme.
Die Deutsche TElekom beschäftigt weltweit 246.777 Mitarbeiter, davon 121.564 Mitarbeiter in Deutschland, damit ist sie die 6. größte Arbeitgeberin der Bundesrepublik. 2011 erzielte das Unternehmen einen Umsatzh in Höhe von 58,7 Milliarden Euro. Die Bundesrepublik Deutschland hält direkt 15,00 % und indirekt über die KfW Bankengruppe weitere 17,00 % der Aktien. Drittgrößter Aktionär ist die US-amerikanische Beteiligungsgesellschaft Blackstone mit einer 4,40 % Beteiligung. Die Mehrheit der Aktien (60,26 %) befinden sich in Streubesitz.
Die Deutsche Telekom AG hat Tochtergesellschaften und Kapitalbeteiligungen auf fünf Kontinenten, dazu gehören: Telekom Deutschland GmbH, T-mobile, T-online, Telekom Shop Vertriebsgesellschaft mbH (TSG), T-Systems, T-Venture, Deutsche Funkturm (DFMG), Magyar Telekom, OTE, Polska Telefonia Cyfrowa, Scout24 Holding, Slovak Telekom, T-Hrvatski Telekom, Crnogorski Telekom.

Auch wir beginnen mit einer kleinen Revue: Am 3. Oktober 2011 greifen die „PropagandistInnen der Tat" in Berlin den Fuhrpark der Deutsche Telekom AG mit Brandsätzen an. Im April 2012 steckt die anarchistische Gruppe „Komando Lambros Foundas" ebenfalls in Berlin mehrere Fahrzeuge auf einem anderen Gelände der Firma in Brand. Begründet werden die Aktionen u.a. mit der Rolle des Konzerns bei der Privatisierung der ehemals staatlichen griechischen Telekommunikationsfirma OTE.
Eine praktisch-solidarische Resonanz fand die Tat nur wenige Tage später, in Form eines Angriffes auf den OTE Konzern in Athen. Die griechischen GenossInnen sprechen in einer Erklärung auch die Rolle des Telekom-Konzerns (30% Beteiligung an OTE) bei der Zusammenarbeit mit deutschen Repressionsbehörden an. Auch in Hamburg und München finden im Laufe des Jahres mehrere militante Aktionen gegen die Telekom statt.

Wir haben uns gefragt, inwieweit eignet sich der Konzern für eine militante antikapitalistische Kampagne, bzw. um einen gemeinsamen Bezugsrahmen zu den Kämpfen in Griechenland und andernorts zu schaffen? Ist es notwendig eine solche mit konkreten Forderungen an den Konzern zu verknüpfen und welche könnten das sein?

Warum Telekom?

Sicher, technisch ist die Telekom ein überaus reizvolles Ziel: Neben einem riesigen Fuhrpark, Dependancen in nahezu jeder Stadt der BRD und ihren Werbeständen in den Fußgängerzonen, besitzt der Konzern ein weitläufiges (schwer zu schützendes) Netz an Kabeln und Leitungen kreuz und quer durch die Republik, sowie etliche Funk- und Sendemasten, die irgendwo unbewacht in der Pampa stehen. Doch auch politisch gibt es eine Menge guter Gründe gegen den Konzern vorzugehen wie z.B diese:
Als Netzmonopolist ist die Telekom beteiligt an der Abhörung von Telefonen und Internetanschlüssen sowie der Weitergabe von Verbindungsdaten an die Bullen und leistet damit den Repressionsorganen direkte Amtshilfe bei der Bespitzelung sozialer Bewegungen und vermeintlicher „Terroristen". Allein 2009 wurden laut Telefonüberwachungsstatistik des Justizministeriums bundesweit rund 20.000 Telefone abgehört, etliche Funkzellenabfragen und Verbindungsdaten wurden weitergegeben. Doch nicht nur auf Anfrage des Staates werden Informationen gesammelt und weiter verwertet:
Die sogenannte „Überwachungsaffäre" der Deutschen Telekom AG umfasst von der Telekom angeordnete Überwachungen von Aufsichtsräten, einem Vorstandsmitglied der Telekom, Angehörigen und Mitarbeitern von Betriebsräten als auch von GewerkschaftsfunktionärInnen und JournalistInnen. Die Staatsanwaltschaft Bonn hat Ermittlungen gegen acht Beschuldigte, darunter ehemalige leitende Angestellte und Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Telekom AG wegen des Verdachts, das Post- und Fernmeldegeheimnis sowie das Bundesdatenschutzgesetz verletzt zu haben, aufgenommen. Ansätze der Affäre wurden der größeren Öffentlichkeit ab Ende Mai 2008 durch einen Spiegel-Artikel bekannt, nach bisherigem Ermittlungsstand der Staatsanwaltschaft Januar 2009 gibt es rund 60 Opfer der Überwachungen, unter anderem der Verdi-Chef Bsirske.

Es gibt immer wieder Kritik an den internationalen Tochterunternehmen der Deutschen Telekom, insbesondere der US-Tochter T-Mobile USA, bezüglich „mangelnder Corporate-Responsibility".
Zahlreiche Gewerkschaften, Menschenrechts- und Arbeitsrechtsorganisationen werfen der Deutschen Telekom wiederholt Arbeitsrechtsverletzungen und Gewerkschaftsfeindlichkeit vor. NGOs wie „American Rights at Work" und „ Human Rights Watch" haben Berichte veröffentlicht, die belegen, dass die Deutsche Telekom mit enormen Druck versucht, Beschäftigte, die sich gewerkschaftlich organisieren wolle, einzuschüchtern.
Über die 100% Tochter T-Systems ist die Telekom auch in der Rüstungsindustrie rege tätig. „der ideale Partner für Streitkräfte und Wehrindustrie" (T-System Werbung) betreibt das Telefonnetz der Bundeswehr mit 3500 Anschlüssen und rüstet militärische Projekte mit Kommunikationstechnik aus. Am Aufbau des Polizeieigenen Digitalfunknetzes ist der Konzern in mehreren Bundesländern ebenfalls beteiligt.

Auch an der Ausbeutung von Strafgefangenen bereichert sich die Telekom: Sie hält das Monopol an Münzfernsprechern im Offenen Vollzug der deutschen JVAs. Die abgerechneten Tarife liegen dabei weit über

den Normaltarifen des Unternehmens. Um das Telefonieren mit eingeschmuggelten Geräten zu unterbinden, sind in einigen Gefängnissen inzwischen Handyblocker installiert worden, so dass die Gefangenen auf die überteuerten Anstaltstelefone angewiesen sind.

2000 ArbeiterInnen verloren in Griechenland ihren JOb nach der Übernahme der staatlichen Telefongesellschaft OTE durch die Telekom. Jene Unternehmen anzugreifen, die aus der unerträglichen Situation in Griechenland Profit schlagen, oder diese sogar mit herbeigeführt haben – also mit Bestechung und Korruption jahrzehntelang die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen des Staates zu Ungunsten der Bevölkerung beeinflusst haben, halten wir für eine gute Möglichkeit, praktische Solidarität mit den aufständischen GenossInnen zu zeigen und Verbindungen zu den konkreten sozialen Kämpfen vor Ort herzustellen. (Neben der Telekom sind da unter anderem die Siemens AG und MAN zu nennen.)
Mit der Telekom trifft es also sicherlich nicht die Falschen! Die Frage ist eher, ob sich aus den Angriffen konkrete Ansatzpunkte für eine breitangelegte Kampagne (wie DHL) ergeben und was genau deren Zielsetzung sein könnte.

Autonome Krisenpolitik:

Wir haben nicht den geringsten Zweifel daran, dass die „autonome Szene" in der Lage ist, noch etliche Telekom-Autos in den frühzeitigen Ruhestand zu schicken, aber entwickelt sich so eine aufständische Perspektive, gar ein emanzipatorischer Prozess?

Gerade die Stagnation der sozialen Revolte in Griechenland seit dem dreitägigen Generalstreik im Januar 2012, während dem knapp 100 Gebäude - überwiegend Banken, teure Läden und Regierungsbehörden - in der Athener Innenstadt von AnarchistInnen und anderen aufständischen Gruppen in Brand gesteckt wurden, sollte uns nachdenklich stimmen. Wenn es auch über Tage hinweg gelingt, die staatliche Ordnung außer Kraft zu setzen, solange der Masse der Bevölkerung die gesellschaftliche Perspektive fehlt wird nach dem Ausbruch erneut Ruhe einkehren.

Die Hoffnungen, die viele von uns haben, wenn sie auf Griechenland und die Stärke der anarchistischen Bewegung dort schauen, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Griechenland inzwischen sehr viel näher am Rand zu Diktatur und Bürgerkrieg steht, als auf dem Weg in eine befreite Gesellschaft. Das Land erlebt derzeit einen rassistisch-faschistischen roll-back gigantischen Ausmaßes: Massenverhaftungen und Folterungen von MigrantInnen sowie rassistische Morde sind keine Seltenheit mehr, Überfälle (zum Teil direkt durch die Polizei gedeckt) faschistischer Schlägerbanden an der Tagesordnung.
So schön wir es finden, dass die solidarischen Rauchzeichen bis nach Athen gesehen wurden, müssen wir darüber nachdenken, wie wir über symbolische Anteilsbekundungen praktischen Widerstand gegen die EU Troika, aber auch gegen die überall erstarkenden nationalistischen und rassistischen Tendenzen organisieren können.

M31, Blackupy oder jüngst die Mobilisierung zu n14 halten wir für wichtige Versuche als radikale Linke in der BRD ein praktisches Verhältnis zu den in „der Krise" verorteten sozialen Kämpfen Europas zu erlangen. Aber auch der Anschlag auf dem Privatgelände des Leiters der Task Force Griechenland der europäischen Kommission Horst Reichenbach bei Potsdam, bei dem dessen Villa verschönert wurde und das Auto seiner Frau (der SPD Europaabgeordneten Dagmar Roth-Behrendt) abbrannte, zielt dabei in die richtige Richtung. In einem BekennerInnenschreiben findet auch die Rolle der Telekom Erwähnung. Der Angriff auf Reichenbach dürfte in Griechenland einiges an Freude ausgelöst haben: In seiner Funktion die Sparauflagen der Troika zu überwachen, gilt er in den griechischen Medien wahlweise als „Gauleiter", oder „Stadthalter Angela Merkels". Ebenfalls gefreut haben wir uns in dieser Hinsicht über den Brandanschlag auf das Auto des Militärattachés der griechischen Botschaft in Berlin im Oktober 2012.

Die Telekom stellt ein Paradebeispiel neoliberaler Geschäftspraktiken dar und gehört zu den eindeutigen Krisengewinnern und das nicht nur in Griechenland. Die „Erfolgsgeschichte" des Konzerns ist untrennbar verbunden mit der Privatisierung ehemals staatlicher Unternehmen (angefangen bei der deutschen Post). Die den „Krisenländern" aufgezwungenen Sparpakete und die damit einhergehenden Privatisierungen machen die Krise zu einem lukrativen Geschäft für Unternehmen wie die Telekom. Auf einer Petition von 3500 Menschen vor dem Portugalbesuch von Bundeskanzlerin iVlerkel und ihrer Wirtschaftsdelegation im November 2012, in der diese zur unerwünschten Person erklärt wird, findet sich auch der Name des Präsidenten von Portugal Telecom Henrique Granadeiro. Dass Engagement des Portugiesischen Topmanagers läßt uns erahnen wer da am Rockzipfel Merkels mitgereist ist.
Eine anti-Telekom Kampagne könnte ein sinnvoller Baustein autonomer „Krisenpolitik" sein, die Lösung ist sie sicher nicht. Die Angriffe auf die Telekom sind für uns vor allem deswegen spannend, weil hier versucht wurde einen solidarischen Bezug zu den Arbeitskämpfen der Belegschaft aufzubauen. Genauso bemerkenswert, dass die meisten Aktionen zwar auf die konkreten Kämpfe der OTE Arbeiterinnen Bezug genommen haben, aber keine einzige Forderungen an den Konzern formulieren, insbesondere zumal gleiches für den Generalstreikaufruf 2010 bei OTE selbst gilt: Kein Ruf nach besseren Arbeitsbedingungen oder höheren Löhnen; anstatt in eine Standortlogik zu verfallen, wird das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis als Ganzes angegriffen.

OTE
Die Hellenic Telecoms S.A., griechisch: OTE A.E. ist ein ehemals staatliches Telekommunikationsunternehmen Griechenlands. Der Staat hält noch 10 % und die Deutsche Telekom 40 % plus eine der Anteile an der Gesellschaft, deren Aktien an der Athener Börse und der New York Stock Exchange gehandelt werden. Die unternehmerische Führung liegt bei der Deutschen Telekom. Durch die Übernahme der OTE stärkt die Telekom auch ihre Marktstellung in anderen Ländern (siehe Grafik).

Die Arbeitskämpfe gegen die OTE Privatisierung sind dabei exemplarisch für die Situation unzähliger der von den Kürzungen und Sparprogrammen Betroffenen: Während Politik und Medien uns weiterhin von der Alternativlosigkeit zur Verarmung und Verelendung immer größerer Teile der Bevölkerung zu überzeugen versuchen, stellt sich auf der Strasse, als Antwort auf den sich verschärfenden sozialen Krieg von oben, zunehmend die Systemfrage.

In immer mehr Ländern v.a. In Südeuropa, kommt es zu (teilweise mehrtägigen) Generalstreiks an denen sich - am Boden ihrer Bonbonschale angekommen - auch die großen Geschäftsgewerkschaften beteiligen. Trotz der Befriedungsversuche der Selben sowie der massiven staatlichen Gewalt, die den Streikenden entgegengebracht wird, findet der Generalstreik immer auch als offene klassenkämpferische Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System statt. Auseinandersetzungen mit der Saatsgewalt und Angriffe auf Symbole der herrschenden

Ordnung sind integraler Bestandteil dieser Kämpfe, nicht nur in Griechenland.
So wichtig eine Kritik an der kapitalistischen Gesamtscheiße ist, finden wir es notwendig immer wieder konkret zu werden, gesellschaftliche Konfliktfelder auszumachen und zu intervenieren und denken, dass die Telekom durchaus Potential in diese Richtung aufweist. Gerade die globale Ausweitung des Konzerns, der nach eigenen Angaben auf fünf Kontinenten vertreten ist, bietet eine gute Gelegenheit, sich in den einzelnen sozialen Kämpfen aufeinander zu beziehen. (So kam es z.B. 2010 in Großbritannien zur Sabotage an einer Funkmastanlage von T Mobil durch eine öko-anarchistische Gruppe, um den Betrieb eines Großbahnhofs zu stören.)

Zur Bedeutung von Medien & Kommunikation:

Ähnlich wie z.B. das Netz der französischen Hochgeschwindigkeitszüge TGV in „der kommende Aufstand", stellt auch die Telekom ein durchaus geeignetes Symbol einer bis ins Letzte vernetzten Gesellschaft dar, in der jederzeit, überall der uneingeschränkte Zugriff auf Mensch und Ressourcen gewährleistet ist, in der wir jedoch sozial voneinander isoliert und entfremdet werden und die Ressourcen nur wenigen zur Verfügung stehen.

Es geht bei diesem „aufständischen" Ansatz nicht um Technologiefeindlichkeit und ein „zurück in die Steinzeit", nicht um die Abschaffung von Telefon und Internet oder aller öffentlicher Transportmittel; im Gegenteil: Es geht darum, sich die Mittel der Kommunikation und der Fortbewegung anzueignen und dem Selbstzweck ihres Daseins zu entreißen. Darum, zu reisen um sich näher zukommen, anstatt sich voneinander zu entfernen; darum echte soziale Netzwerke globaler Solidarität zu knüpfen, statt Facebook Freundschaften anzuhäufen.

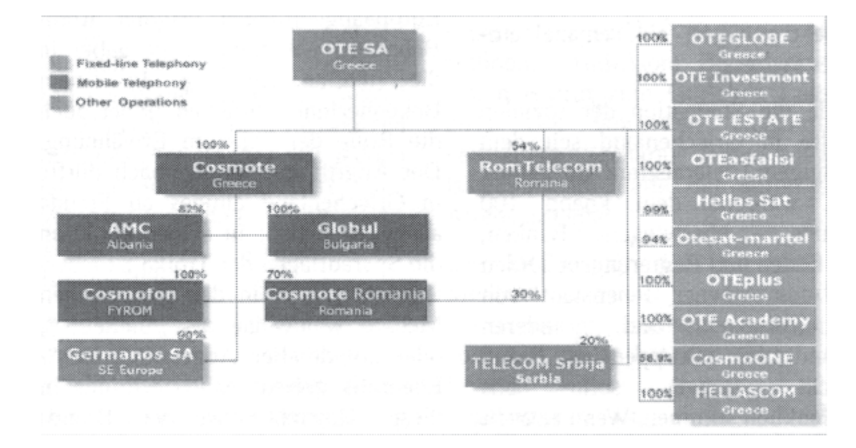
Dass das Internet und andere Medien für globale soziale Bewegungen heute unverzichtbar sind, ist wohl unstrittig. Gerade die schnelle Resonanz der griechischen GenossInnen auf die Aktion in Berlin zeigt wieder einmal, wie wichtig es ist, Erklärungen auf Seiten und Blogs wie indymedia, contrainfo, oder directactionde.ucrony.net zu veröffentlichen. Dass in diesem Fall gerade das Ziel der Wahl im Besitz jener Datenleitungen und Netze ist, über die diese Informationen fließen, stellt für uns mehr eine gewisse Ironie als einen inhaltlichen Widerspruch dar: Telefonieren, Surfen, Chatten, Emails-, oder SMS schreiben, permanente Erreichbarkeit bestimmt unseren Alltag. Diese für viele Menschen zum Grundbedürfnis avancierte Technologie der unablässigen Ströme an Informationen, unterliegt einem durch und durch kapitalistisch zugerichteten Markt. Einen guten Lösungsansatz, im Sinne einer selbstbestimmten, gerechten Gesellschaft fänden wir (ähnlich wir in der Frage nach der Energieversorgung) die Forderung nach einer dezentralisierten Vergesellschaftlichung des gesamten Telekommunikationssektors.

„Wir haben keine Angst, dass das Licht ausgeht!" konterte die autonome Anti-Atom Bewegung in einem Aufruf zum Gorleben Gastor 2011 das von den Konzernen verbreitete Szenario eines Mega-Blackouts im Falle des sofortigen Atomausstieges. Die Bedeutung, die den „neuen Medien" (2nd web) während der Aufstände im „arabischen Frühling" aber z.B. auch bei den Riots von London im August 2011 zugekommen ist, dürfte bei den weltweiten SpezialistInnen in Sachen law and order für einiges an Aufsehen gesorgt haben. Telekommunikation ist eben nicht nur ein lukratives Geschäft, sondern erfüllt auch eine wesentliche Grundbedingung für Rebellion und Revolte: das Zusammenkommen von Menschen. Die Kontrolle und in letzter Konsequenz die Abschaltung dieser Informationswege ist Integraler Bestandteil jeder Aufstandsbekämpfungsstrategie. Dabei hat sich gezeigt, dass gerade die Stilllegung dieser Kanäle wie z.B. in Ägypten, die Intensität des Austausches und letztlich des aufständischen Prozesses eher befördert haben, als diesen aufhalten zu können. Die Koordinierung und Vernetzung von Widerstand ist durchaus auch auch ahne Handy, pc & co. möglich und oft entsteht erst durch deren Abwesenheit ein subversiver Raum. Kurzum: Wir sollten die Technischen Möglichkeiten die sich uns bieten nutzen, statt uns davon abhängig zu machen.

„... Die Vervielfältigung der Transport- und Kommunikations¬mittel entreißt uns unablässig dem hier und jetzt, durch die Verführung, immer woanders zu sein. Einen TGV, eine RER oder ein Telefon zu nehmen um bereits dort zu sein. Diese Mobilität beinhaltet nur Zerrissenheit, Isolation und Exil ..." (Der kommende Aufstand)

Zurück zur Telekom:

Die anfängliche Fragestellung, ob sich die Telekom für eine militante anti-kapitalistische Kampagne eignen könnte, ist inzwischen obsolet - eine solche existiert offensichtlich bereits, so konfus sie auch sein mag. Bleibt die Frage, ob es notwendig und möglich ist dieser ein konkreteres Profil zu geben, gemeinsam eine Forderung oder Zielvorstellung zu formulieren (wie z.B. den Rückzug der Telekom aus sämtlichen Griechenlandgeschäften oder aus bestimmten Geschäftssparten wie der Rüstungs- und der Knastindustrie, von uns aus jedoch lieber gleich ihre vollständige Enteignung). Dass konkrete Forderungen und allgemeine Kapitalismuskritik sich in einer Kampagne nicht ausschließen müssen, sondern sich gegenseitig stärken können, zeigte schon die internationale Kampagne „shell to hell" Mitte der achziger Jahre gegen die Verstrikkungen des Konzerns in das Südafrikanische Apartheitsregime. Wir finden es durchaus sinnvoll, die Telekom sowohl als Symbol neoliberaler Wirtschaft anzugreifen und allgemein deren Abschaffung zu fordern, wie auch für die konkreten Schweinereien, in die das Unternehmen verwickelt



ist, eine Öffentlichkeit zu schaffen.
Trotz ihrer offensichtlichen Medienmacht ist die Telekom bestimmt kein Unternehmen, das ein besonders gutes Image bei der Bevölkerung hat. (T-Aktie, Kurruptionsaffären, Abhörskandal und sicherlich nicht zuletzt die monatliche Telefonrechnung im Briefkasten, um nur einige Beispiele zu nennen) Von daher sehen wir gute Möglichkeiten, dass eine „Schmutzkampagne" gegen den Konzern auf durchaus offene Ohren stoßen könnte: Obwohl die Bürgerpresse sich reißerische Überschriften wie z.B. „Hass-Chaoten brennen sich warm" (BZ) gönnte, wurde ausführlich über die Tathintergründe der Aktionen berichtet. Um eine breitere Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren, müssten sich neben den Angriffen auf den Fuhrpark allerdings auch Aktionsfelder und -formen finden, zu denen die Menschen außerhalb der „Szene" einen (positiven) Zugang haben.

Aber auch wenn sich die Aktionen vornehmlich an die aufständischen GenossInnen selbst wenden, oder „nur" dem Zweck dienen die Friedhofsruhe in diesem Land für einen Moment zu durchbrechen, meinen wir; dass ein Konzern wie die Telekom noch weit attraktiveres als Kleinwagen im Angebot hat. Als durch den Brandanschlag am Berliner Ostkreuz 2010 tagelang der S-Bahnverkehr beinträchtigt wurde, waren auch mehrere Mobiltelefonnetze und Teile des Internets von den Störungen betroffen. Ein Sprecher der (damals nicht betroffenen) Telekom erklärte der Presse, dass das Netz ihres Unternehmens gegen solche Angriffe sicher sei. Ob das so stimmt? - Finden wir es heraus!

„Gerade die Netze (...) anzugreifen und zu sabotieren, die die Schnittstellen zwischen der Abwicklung unseres privaten und beruflichen Alttages und der reibungslosen Abwicklung von Krieg, Umweltzerstörung und globaler kapitalistischer Ausbeutung darstellen, halten wir für einen wichtigen Schritt um zu einem gesellschaftlich breiter angelegten Bewusstsein für den laufenden sozialen Krieg von Oben zu gelangen.", schreiben die Genoss¬Innen der AG Nach(t)betrachtungen in ihrem lokalen Militanzdebattenbeitrag. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Wir senden solidarische Grüße an alle bisher an den Aktionen Beteiligten: Passt auf euch auf und lasst euch nicht erwischen! Wir sehen diese Kampagne noch lange nicht am Ende ihrer Möglichkeiten und würden uns wünschen, dass noch mehr Zusammenhänge diesen Faden aufnehmen und der Telekom auch in Zukunft heiße Zeiten ins Haus stehen. Wir hoffen mit unserem Text ein Paar Denkanstöße in diese Richtung gegeben zu haben und sind gespannt auf weitere inhaltliche Beiträge und Aktionen zu diesem Thema.

Arbeitsgruppe T. Error

P.S.: Zufälle gibt's...
Während wir noch daran rumgrübelten, welche Ansätze es gäbe, eine Kampagne gegen den Konzern auf breitere Füße zu Stellen, taucht in Bremen ein großformatiges, magentafarbendes Plakat auf, welches in der Aufmachung einer Telekom-Werbung mit dem Slogan „wild plakatiert*" wirbt.

*Der öffentliche Raum Bremens ist an ein privates Unternehmen verkauft. Bis 2025 bestimmt die Deutsche Telekom, wer sich zu welchem Preis präsentieren darf. An nahezu allen belebten Stellen der Stadt sind modernisierte Werbemöglichkeiten aufgestellt. Hier soll uns gesagt werden, was wichtig ist. Platz für nicht-kommerzielle Botschaften gibt es keinen. Diese werden von der Telekom abgemahnt, angezeigt und behördlich verfolgt. Seit klug: Bestimmt selbst, was wichtig ist. Nutzt die Flächen für euch! Die Stadt gehört allen!

Lasst euch nicht rumTelekom-mandieren! Wir wünschen euch von ganzem Herzen einen schönen Tag! "

Schön, dass sich Menschen gefunden haben, diesen Regionalen Bezugsrahmen aufzugreifen und die Telekom auf der Ebene Stadtentwicklung und Freiräume zu kritisieren! (da scheint sich in Bremen ja eh gerade einiges zu tun.) Wirklich schade finden wir hingegen die verpasste Gelegenheit einen solidarischen Bezug auf die Themensetzung der laufenden Aktionen gegen die Telekom zu nehmen, um auf diese weise Multiplikatoren zu schaffen, die sich im Optimalfall zu einer breiten, unkontrollierten Kampagne verdichten.

Auch wir wünschen euch von ganzem Herzen einen schönen Tag - und vergesst nicht die Nächte!

Aktionen gegen die Telekom:

Bristol (GB), 21. Mai 2010:
Ein Funkmast der Telekom-Tochter T-mobile wird mit einem Feuer sabotiert.
Berlin, 3. Oktober 2011:
Auf dem Gelände der Telekom in Lichtenberg brennen mehrere Firmenfahrzeuge aus.
Berlin, 8. April 2012:
neun Autos der Telekom AG werden bei einem Brandanschlag komplett zerstört, 5 weitere beschädigt.
Athen (GR), 19. April 2012:
Brandanschlag auf den Fuhrpark der griechischen Telekom-Tochter OTE.
Hamburg 3. Mai 2012:
An verschiedenen Standorten werden insgesamt 7 Fahrzeuge der Telekom in Brand gesteckt.
Berlin, 19. Mai 2012:
Brandanschlag auf Baufahrzeuge der Spandauer Fernmelde- und Gleisbaufirma LAT. Die Firma führt u.a. Aufträge für Telekom, deutsche Bahn und Siemens aus.
München, 23. Mai 2012:
zwei Telekom Fahrzeuge werden in Brand gesetzt und vollständig zerstört.
Hamburg, 22. August 2012:
Farbe und Glasbruch an einem Bürogebäude der Telekom.

Nichts ist vergessen und Niemand!

Freiheit für Sonja Suder und Christian Gauger!

Für Solidarität - Für militante Geschichtsarbeit – Militant in die Zukunft!

Die beiden jahrzehntelang abgetauchten GenossInnen werden beschuldigt, als Mitglieder der Revolutionären Zellen (RZ) an mehreren Anschlägen beteiligt gewesen zu sein. Die ihnen zu Last gelegten Anschläge auf Rüstungskonzerne und Atommafia haben unsere Sympathie, Zustimmung und unseren Respekt. Auch gegen den Brandanschlag auf das Heidelberger Schloss als Zeichen gegen die Kahlschlagsanierung und Zerstörung sozialer Lebensräume in der dortigen Innenstadt haben wir auch heute - und heute in Anbetracht von prekärer Lebensverhältnisse und Gentrifizierung erst recht - nichts einzuwenden. Diese militanten Aktionen waren und bleiben richtig und haben an Aktualität nichts eingebüßt.
Sonja Suder wird außerdem eine Mitwirkung im Rahmen der OPEC-Aktion als Teil der RZ vorgeworfen. Die RZ als bewaffnete Stadtguerillagruppen agierten zum damaligen Zeitpunkt auch im internationalen Bereich teilweise mit anderen Guerillagruppen zusammen.

Das Gericht hat nun die Absicht, die Genossin zu lebenslanger Haft zu verurteilen. Wir sprechen der Klassenjustiz jedes Recht ab, über die Legitimität, die militanten-bewaffneten Aktionen und über die Fehler der Stadtguerilla zu urteilen. Wir vergessen nicht, dass der west-deutsche Staat in der Tradition des Faschismus gegen alles Linke restauriert wurde. Die Schergen des Dritten Reichs in den neuen Sicherheitsapparaten bauten ihn von Anfang an zur „wehrhaften Demokratie". Justiz, Bundeskriminialamt, Polizei, Verfassungsschutz und all die anderen Ministerien waren durchsetzt und geprägt von „Leuten, die von früher was verstanden". Der Prozess gegen Sonja steht in dieser historischen Kontinuität. Sowie die Entstehung der NSU, und seine Dekkung durch den Inlandsgeheimdienst, in dieser Kontinuität steht. Die Mordserie ist nur ein Symptom dieses postfaschistischen Staatsentwurfs. Aufbau und Unterstützung immer neuer Nazi-Strukturen über V-Mann-Gelder aus den Geheimdiensten sind ein weiteres.

Auch 1977, als die RZ eine militante Aktion gegen den Rüstungskonzern MAN und die atomare Aufrüstung des rassistischen Regimes in Südafrika machte, waren die Justiz, die Polizei, die Verwaltungen besetzt mit NS-Verbrechern und -Mördern, an deren Verurteilung und Aussonderung aus staatlichen Strukturen auch zu dieser Zeit seitens der Strafverfolgungsbehörden der BRD nie ein Interesse bestand. Die alten Nazis im Staat waren vielmehr die Garanten für die autoritäre Untersetzung von Gesellschaft und Demokratie in einer Form, die den maßgeblichen Einfluss von Kapital, Militär, Kirche und reaktionärer geistiger Eliten sicherte. Heute ist überall nachlesbar, wie, zu welchem Zweck und mit welchem Personal aus den NS-Apparaten von vor 1945 der sogenannte Sicherheitsapparat der BRD nach 1948 aufgebaut worden war. Über diese ideologischen und personellen Kontinuitäten pflanzten sich auch Feind- und Vernichtungsdenken innerhalb der west-deutschen Behörden fort. So entschied sich die demokratische Elite 1977 zu einer Offensive gegen linke Strukturen, die später den Namen „deutscher Herbst" bekommen sollte. Es ging ihnen darum, nicht integrierbare Zusammenhänge der Linken mit allen Mitteln zu vernichten. Stammheim ist dafür betoniertes Symbol.
In diesem Zusammenhang ist auch die Folterung (!) des RZ-Genossen Hermann F. zu bewerten.
Der Genosse Hermann F. verletzte sich lebensgefährlich bei dem Versuch, einen Sprengsatz zu testen, der für die Botschaft des Folterstaates Argentinien bestimmt war. Über vier Monate erstreckte sich danach der rechtlose Zustand, in dem der traumatisierte, blinde und verstümmelte Mensch immer wieder in Verhörsituationen gepresst wurde. Wir können nur allen empfehlen, die Berichte der GenossInnen aus der damaligen Zeit noch einmal zu lesen. In der aktuellen Berichterstattung fällt meist unter den Tisch, dass diese Aussagen, 1978 unter Folterbedingungen zustande gekommen, jetzt gegen Sonja verwendet werden. Dabei bilden diese verbrecherischen Verhöre die Grundlage auf die sich heute ein entscheidender Teil der Anklage stützt. Das heutige Verfahren und diejenigen, die es betreiben, stellen sich damit in die Tradition der „furchtbaren Juristen", die sich in der NS-Zeit in mörderischer Weise ihrer Ämter bedienten, wenige Jahre später die west-deutsche Justiz „neu" aufbauten und weiter gegen Kriegsgegner_innen, Antifaschist_innen und Linke vorgingen.

So entschlossen die Justiz die Linke verfolgte – von Knast bis hin zu Berufsverboten – so schützte sie immer schon die Rechten. Juristisch unaufgeklärt bleibt bis heute der faschistische Anschlag hinter dem Massaker auf dem Münchner Oktoberfest 1980. Der Verfassungsschutz hatte seine Hände im Spiel – der Anschlag sollte Linken in die Schuhe geschoben werden. Eine sicherheitspolitische Zuspitzung war das Ziel, in der der Folterbefürworter und Pinochetfreund F.J.Strauß (CSU) als „starker Mann" auftreten, sich als energischer Sicherheitspolitiker profilieren und an die Macht kommen sollte – ganz demokratisch per anstehender Bundestagswahl. Dass es nicht dazu kam, lag vielleicht nur daran, dass die Bombe mitsamt dem Neonazi zu früh hoch ging.
Juristisch ebenfalls ungeklärt die Ermordung des VS-Spitzels Schmücker. Kein Wunder – der Verfassungsschutz stand auch hier Schmiere. Die Mordwaffe fand sich mehr als ein Dutzend Jahre später in einem VS-Panzerschrank.
Und nun aktuell der NSU. Neun Migranten (und ein Bulle) werden über einen Zeitraum von 10 Jahren hingerichtet, und um die Drecksschweine vom NSU herum wimmelt es nur so von V-Männern und Verfassungsschutzmitarbeitern. Aber niemand will etwas gewusst haben. Der NSU als bewaffneter Arm der Geheimdienste? Der missglückte letzte Banküberfall als die einzige wirkliche Panne im Zusammenhang mit dem NSU? So wie in München die zu frühe Explosion? Die Hoffnung, dass irgendwelche Untersuchungsausschüsse nur ein Minimum der Verwicklung staatlicher Stellen in die NSU-Verbrechen aufarbeiten könnten, geht an der historische Bestimmung des Inlandsgeheimdienstes und der Repressionsstrukturen vorbei. Die Wahrheit gibt es nur über die Öffnung aller Archive von Geheimdienst und Staatschutz – für alle. Klar: das geht nur über die Erstürmung und Zerschlagung der letzteren – bevor sie auch noch die letzten Akten geschreddert haben.

Wir haben weder die Ermordung von Holger Meins noch die von Ulrike Meinhof vergessen, weder die Schüsse der Springerpresse auf Rudi Dutschke noch die Killfahndungen und alle anderen Verbrechen gegen Linke im Kontext der Zeit, keinen



Brandt und seine Berufsverbote, keinen Schmidt und seinen Krisenstab, nicht die Hochsicherheitsknäste, die Weiße Folter, Kalkar und die auf uns gerichteten Maschinenpistolen. Dies alles kommt mit dem Prozess gegen Sonja wieder hoch und heizt unseren alten Zorn an!

Über Fehler und politische Entscheidungen zur Art und Weise des bewaffneten Kampfes, die im Kontext der Zeit ihre Richtigkeit hatten, oder richtig schienen, müssen die alten Militanten selbst urteilen. Jene libertäre Militante, die heute das Erbe der militanten Bewegung aufgenommen haben und fortführen, so sie denn ein Geschichtsbewusstsein haben - und das sollten sie verdammt noch mal haben! - werden über die Bedeutung dieser Fehler der Vergangenheit für heute zu Rate sitzen. Es geht darum, die Schritte in die Zukunft auch in Bezug zu den politischen Fehlern der Vergangenheit zu bestimmen. Und zu den Erfolgen! Dafür fehlt es aber nach wie vor an einer kontinuierlichen politischen Auseinandersetzung mit historischer, militanter und bewaffneter Praxis in ihrem Bezug zur jeweiligen Gegenwart. Denn nicht das Konzept Stadtguerilla RZ ist gescheitert – es hat im Rahmen seiner Zeit einen Platz eingenommen, der heute seinesgleichen, und mit der Roten Zora ihresgleichen, sucht.
Die RZ galten mit ihrer Konzeption einer sozialrevolutionär aufgestellten Guerilla, die auf breiten Rückhalt und mehr als klammheimliche Sympathie zurückgreifen konnte, dem Staat als ausgesprochen gefährlich. Bei einigen alten Aktiven der RZ, die heute auf ihre Geschichte zurückblicken können, mischt sich dennoch das Gefühl in die Erinnerungsarbeit, als RZ gescheitert zu sein. Das halten wir für Quatsch! Gescheitert sind die Militanten vielleicht nach dem Ende ihrer Praxis durch ihre Vereinzelung und als Vereinzelte. Oder auch schon vorher an ihren überzogenen Ansprüchen an ihre eigene Leistungsfähigkeit, an persönlichen oder politischen Zerwürfnissen oder an den äußeren Bedingungen, die streng klandestine Arbeitsstrukturen notwendig machten und vielleicht zu viel Disziplin erzwangen. Verloren gegangen, aber nicht gescheitert, ist auf jeden Fall für den Moment die Perspektive auf gesamtgesellschaftliche Befreiung. Ansätze, die vor dem Hintergrund ihrer Zeit daran gearbeitet haben, werden dadurch in der Rückschau aber weder falsch, noch für heute bedeutungslos. Wenn die Befreiung damals auch als mögliche Perspektive erschien, so werden weder damalige noch heutige Kämpfe und die sie begleitenden militanten Kampagnen dadurch falsch, dass die Befreiung zwar nicht mehr absehbar, aber dennoch objektiv notwendig ist. Vor dem Hintergrund der immer auswegloseren Gesamtsituation sind sie vielmehr aktueller denn je.

Wir rufen also den lebenden Träger_innen dieser Vergangenheit zu: Ihr tut gut daran, endlich und ohne Konkurrenz untereinander die Geschichte und die historische Bedeutung Eures Vereins aufzuarbeiten und zur Diskussion zu stellen! Dass auch heute noch nicht alles offen auf den Tisch gelegt werden kann und darf, versteht sich von selber. Die Schuldfrage interessiert eh nur die Justiz.
Im Zweifelsfall müsst Ihr Differenzen eben nebeneinander stehen lassen. Auch unüberbrückbar erscheinende Gegensätze müsst ihr dabei vielleicht aushalten, genauso wie politisch traurig anmutende Biographien. In allen bewaffneten Organisationen hat es Brüche und Verwerfungen gegeben. Dennoch brauchen wir die analytische Arbeit aus dem Gestern übers Heute ins Morgen. Fehler sind nicht dazu da, Schuldzuweisungen darauf aufzubauen, sondern um daraus zu lernen. Wir wünschen uns eine Aufarbeitung der Erfahrungen einer bewaffneten sozialrevolutionären, libertären Metropolenguerilla, damit diese nicht verloren gehen und andere Menschen in diesem und kommenden Widerstandszyklen darauf aufbauen können.

Diskutiert mit denen, die heute praktisch arbeiten oder über Praxis nachdenken, wo das Vermächtnis der Revolutionären Zellen/Rote Zora heute noch und wieder seine praktische Relevanz hat. Das wäre ein beachtlicher Akt der Solidarität, den Ihr Sonja in ihrer Zelle und darüber hinaus zukommen lassen könnt.

Sonja Suder gehört raus aus dem Knast. Sofort!

Keine Beugehaft für Niemand!

Staats- und Verfassungsschutz gehören restlos abgewickelt.

Schafft zwei, drei, viele militante Kerne!

Wir widmen diesen Text dem Genossen und Internationalisten Gerd Albartus von den RZ - ermordet von welchen, die für ihn Genossen & vielleicht auch zeitweise Freunde waren, bzw. die er dafür hielt (genaueres in „Gerd Albartus ist tot“, Dezember 1991).

Freie Radikale
Dezember 2012

Antifaschistische Demo in München

Gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus – Verfassungsschutz abschaffen!

Am 17. April 2013 wird in München der Prozess gegen das NSU-Mitglied Beate Zschäpe sowie vier der Unterstützer beginnen: Ralf Wohlleben, Holger Gerlach, Carsten Schultze und André Eminger.
Ein breites antifaschistisches Bündnis ruft deshalb zu einer bundesweiten Großdemonstration in München am Samstag vor Prozessbeginn auf.

Im November 2011 wurde bekannt, dass die rassistischen und mörderischen Taten der Nazis des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) sieben Jahre lang unter den Augen der Sicherheitsbehörden begangen wurden. Sie haben zehn Menschen ermordet und zwei Sprengstoffanschläge verübt. In den Medien wurde der Begriff „Döner-Morde“ geprägt und die Sonderkommission gab sich den Namen „Bosporus“. Damit schloss die Polizei von Anfang an rassistische Hintergründe der Morde aus, behandelte die Opfer wie Täter und ermittelte in Richtung organisierter „Ausländer-Kriminalität“.

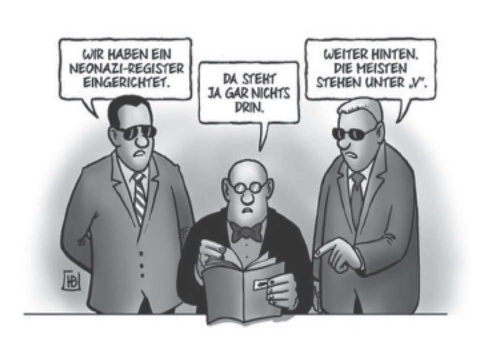
Durch die rassistischen Ermittlungen der Sicherheitsbehörden wurden Familien, Verwandte und persönliches Umfeld der Opfer über Jahre überwacht und akribisch durchleuchtet. Durch den völlig unbegründeten Verdacht gegen das familiäre Umfeld der Opfer wurden soziale Zusammenhänge zerrissen und die persönliche Existenz zahlreicher Menschen zerstört. Der Rassismus von Behörden und Öffentlichkeit verhinderte so zweifach die Aufklärung der Morde: Während die Hinweise auf rassistische Hintergründe ausgeklammert und vernachlässigt wurden, erschien die These, migrantische Gewerbetreibende seien in mafiöse Strukturen verwickelt, der Polizei und einer breiten Öffentlichkeit unmittelbar einleuchtend und erübrigte weiteres Nachfragen.

Fünf der insgesamt zehn NSU-Morde fanden in Bayern statt, zwei davon in München. Zwischen dem „Thüringer Heimatschutz“, in dem die Haupttäter des NSU vor ihrem Abtauchen organisiert waren, und der bayerischen Naziszene bestanden in den 90er Jahren enge Verbindungen. Böhnhardt und Mundlos nahmen an verschiedenen Treffen und Veranstaltungen der Szene in Bayern teil. Einige der engsten Unterstützer_innen des NSU lebten oder leben immer noch in Bayern, u.a. Mandy Struck, deren Identität Beate Zschäpe im Untergrund angenommen hatte. Mit Tino Brandt und Kai Dalek stehen zwei V-Leute des Verfassungsschutzes auch für die Verbindung zwischen der thüringischen und der bayerischen Naziszene.

„Deutschland hat ein riesiges Rassismus-Problem“, sagte Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Anfang November.
Der strukturelle Zusammenhang von Naziterror mit staatlichem und alltäglichem Rassismus in Gesellschaft, Politik und Medien zeigte sich bei der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl nach den Pogromen Anfang der 90er Jahre wie auch jetzt bei aktuellen Anti-Islam-Kampagnen: Der Rassismus ist tief verankert in der Mitte der Gesellschaft. Dass sich auch nach dieser Mordserie nichts Grundsätzliches im Bewusstsein der Menschen verändert hat, verdeutlichen folgende Beispiele: Zwanzig Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen kämpfen Flüchtlinge immer noch für elementare Menschenrechte in Deutschland, werden Roma stigmatisiert und in eine unsichere Zukunft abgeschoben. Hier lebende Migrant_innen werden täglich diffamiert, bedroht, angegriffen und kriminalisiert.

Die Verharmlosung und Vertuschung von Rassismus und Naziterror hat Tradition in diesem Land. Rechte und rassistische Gewalttaten und Morde haben in Deutschland eine traurige Kontinuität. Die blutige Spur reicht vom bis heute unaufgeklärten Oktoberfestattentat, über die rassistischen Anschläge und Pogrome in Rostock, Mölln, Solingen und Hoyerswerda, über die seit 1989 rund 200 Morde an Migrant_innen, Obdachlosen, Punks und Antifaschist_innen bis hin zu den Morden des NSU.

München war dabei schon viele Male Schauplatz neonazistischen Terrors: Bei dem bisher größten faschistischen Anschlag in der BRD wurden 1980 durch einen Täter aus dem Umfeld der Wehrsportgruppe Hoffmann auf dem Münchner Oktoberfest 13 Menschen getötet und weitere 200 zum teil schwer verletzt. 1981 lieferten sich Neonazis auf dem Weg zu einem Bankraub mit Polizeibeamten in München eine Schießerei, bei der zwei Neonazis starben. 1985 setz-



ten Neonazis der Gruppe Ludwig ein Lokal in der Schillerstrasse in Brand, wodurch eine Person getötet wurde. 2003 beschafften Neonazis aus der Kameradschaft Süd sich Waffen und Sprengstoff und planten u.a. einen Anschlag auf die Grundsteinlegung des neuen jüdischen Gemeindezentrums.

Seit Bekanntwerden der Mordserie des NSU offenbart sich eine erschreckende Politik der Verschleierung: Geschredderte und verheimlichte Akten, konsequentes Vertuschen und Lügen in Untersuchungsausschüssen, wenige, viel zu späte Rücktritte von Verantwortlichen. Eine transparente, schonungslose Aufklärung der Rolle von Geheimdiensten und Polizeibehörden findet bisher nicht statt. Statt ernsthafte politische Konsequenzen zu ziehen gegen Rassismus und die skandalöse Unterstützung des Aufbaus von Nazistrukturen durch Mitarbeiter_innen des (bayerischen) Verfassungsschutzes, reden die verantwortlichen Politiker_innen weiter von vereinzelten Pannen.
Rechte Gesinnung hat beim Verfassungsschutz (VS) Kontinuität: Gegründet im Jahre 1950 mit ehemaligen Nazis sorgte er dafür, dass Widerständler_innen gegen den Nationalsozialismus erneut in deutsche Gefängnisse kamen. In den 60er Jahren bekämpfte er die Student_innenbewegung, in den 70er und 80er Jahren lieferte er das Material für die Berufsverbote linker Aktivist_innen. Vor neun Jahren scheiterten die Pläne für ein NPD Verbot nicht zuletzt daran, dass diese bis in die höchsten Führungsetagen von V-Leuten und Spitzeln des Verfassungsschutzes durchsetzt war. Auch das ummittelbare Umfeld des NSU ist durchsetzt mit V-Leuten aus Verfassungsschutz und Polizei.

Deshalb kann die einzige Konsequenz aus der Verstrickung der Behörden nur sein:

Verfassungsschutz abschaffen! Wir müssen verhindern, dass die Regierung die NSU-Morde instrumentalisiert, um ihren Sicherheitsapparat weiter aufzurüsten, und damit endgültig eine der wenigen Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus – die Trennung von Geheimdiensten und Polizei – rückgängig macht.

Unsere Anteilnahme und Solidarität gilt den Opfern des NSU-Terrors und ihren Angehörigen. Sie wurden nicht nur Opfer des militanten Rassismus der NSU-Täter_innen, sondern auch in der Folge noch durch die rassistischen Ermittlungen der Polizei drangsaliert.

Bekämpfen wir gemeinsam Rassismus in Gesellschaft, Politik und Institutionen!
Entschädigung für die rassistischen und diffamierenden polizeilichen Ermittlungen!
Schonungslose Aufklärung der Verstrickung von Geheimdiensten und Polizeibehörden!
Verfassungsschutz abschaffen!
Neue Ermittlungen zur Aufklärung des Attentats von 1980 in München!
Abschaffung aller rassistischen Gesetze – kein Mensch ist illegal!
Für eine rassismusfreie, solidarische Gesellschaft
mehr: nsuprozess.blogsport.de

Den Weissen Wölfen Terror machen!

Neue Recherche Broschüre erschienen.

„Am 17.12.2011 zogen ca. 35 Neonazis mit Fackeln und weißen Masken durch Hamburg-Harburg. Sie nennen sich „die Unsterblichen“ und erlangten durch ihren nächtlichen Auftritt zum ersten Mal öffentliche Aufmerksamkeit. Initiiert wurde diese Demonstration durch die „Weisse Wölfe Terrorcrew“ („WWT“). Dieser Inforeader soll einen ersten Ein- und Überblick über die gegenwärtig in Hamburg und bundesweit agierende neonazistische Kameradschaft „Weisse Wölfe Terrorcrew“ und ihrem Umfeld vermitteln.

2008 trat die „Weisse Wölfe Terrorcrew“ das erste Mal in Erscheinung. Anfänglich als Fangruppierung der Rechtsrockband „Weisse Wölfe“ und Sauftruppe wahrgenommen, zeichnet sich bis heute eine ernstzunehmende Entwicklung ihrer politischen Aktivitäten ab.
Das Aktionsspektrum der „WWT“ umfasst mittlerweile Veröffentlichungen und Verbreitung neonazistischer Propaganda in Form von Texten und selbst gedrehten Videos im Internet, gemeinschaftlicher Teilnahme an zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen, bis hin zu Einschüchterungsversuchen und gezielten Angriffen auf Menschen, die nicht ihrer neonazistischer Ideologie entsprechen.
Ziel dieser Broschüre ist es eine Informationsgrundlage für antifaschistische Zusammenhänge zu schaffen, um die „WWT“ einschätzen zu können und um effektive Handlungsweisen gegen diese zu entwickeln…
Erhältlich im Infoladen deines Vertrauens oder im Web (z.B: indymedia.linksunten.org) zum runter laden.

NO NAZIS NO COPS NO VS
Nie wieder Deutschland!“



Think pink!

Solidarität mit antimilitaristischen Widerstand

Seit Sommer 2011 ruft die Kampagne „War starts here - let's stop it here!“ dazu auf, Militarisierung und Krieg zu markieren, zu blockieren und zu sabotieren: "Wir rufen auf, aktiv einzugreifen in die kriegerische Normalität und die zahllosen zivilmilitärischen Verflechtungen. Der Fokus unserer Kampagne liegt auf der erweiterten Infrastruktur und der ideologischen Legitimierung von militärischer Gewalt. Wir wollen die verschieden Facetten dieser Herrschaftssicherung sichtbar machen, stören und angreifen. Das Vorbereiten, Üben und Koordinieren von Krieg, das Produzieren, Transportieren, Forschen, Werben und Rekrutieren für den Krieg findet direkt vor unseren Augen statt.“ (Zit.Kampagnen-Aufruf). Die Kampagne erhält seitdem Zuspruch von vielen antimilitaristisch Aktiven und Friedensbewegten und erfreut sich einer bemerkenswert großen Aktionsvielfalt: In vielen Städten werden Auftritte der Bundeswehr zur Rekrutierung und Akzeptanzbeschaffung gestört, Kriegsausrüster, Kriegsdienstleister und Kriegsbefürworter werden „angegriffen“ sowie Kriegsgerät selbständig abgerüstet.



Der bisher öffentlich sichtbarste Kampagnen-Beitrag war wohl das antimilitaristische Camp 2012 am Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in der Altmark. Neben der durchgesetzten Rundum-Überwachung mit über 700 Personenkontrollen und zahlreichen Versuchen, diesem Camp verwaltungsrechtliche Knüppel zwischen die Beine zu werfen, laufen derzeit mehrere Strafverfahren, die mit dem Camp und der Kampagne in Verbindung gebracht werden.
Zum Teil werden die Ermittlungen von drei dieser Verfahren zusammengefasst, wobei jeweils rosa Farbe zur Anwendung gekommen sein soll und so ein Zusammenhang wegen vermuteter „gleicher Farbgebung“ konstruiert wird:
Mit dem Fund von farbgefüllten Feuerlöschern am 19.8.2012 in der Nähe des GÜZ begründet die Staatsanwaltschaft die Observation und Telekommunikationsüberwachung eines Genossen.

Dessen Wohnung wird schließlich durchsucht, nachdem laut LKA während des Camps am 14.9.2012 ein Gebäude eines Bauingenieurbüros in den Ungleichen 3 in Sülzetal pink eingefärbt wird. Die ICL Ingenieur und Consulting ist für die Bauplanung der Trainigsstadt zur Aufstandsbekämpfung „Schnöggersburg“ auf dem GÜZ verantwortlich. In diesem Zusammenhang nimmt das „Mobile Einsatz Kommando“ Sachsen-Anhalts in der Nacht fünf Personen überfallartig und mit vorgehaltener Waffe aus einem Auto in Magdeburg fest. Gegen diese wird jetzt, wegen Sachbeschädigung mit rosa Farbe ermittelt. (https://linksunten.indymedia.org/de/node/67047).
Darüberhinaus stellt das LKA nach dem Camp (am 17.9.2012) angeblich eine weitere Rosa-Färbung per Farblöscher auf dem GÜZ fest und ermittelt auch hier wegen versuchter „Sabotage an Verteidigungsmitteln“.
Mit dem Paragraphen „Sabotage an Verteidigungsmitteln“ (§109e) versucht die Staatsanwaltschaft ein umfangreiches Instrumentarium an Ermittlungen zu legitimieren. Ähnlich wie die Total-Erfassung aller Campbesucher_innen richten sich die Ermittlungen in den Verfahren gegen die Gesamtheit aller Beiträge zur War Starts here Kampagne und antimilitaristischen Widerstand. Ziel dieser Konstrukte ist wohl kleinere Aktivitäten im Rahmen einer noch schwachen Bewegung im Keim zu ersticken.

Wir begrüßen daher die Planungen für ein neues und breiteres GÜZ-Camp Ende Juli 2013 und freuen uns über weitere (solidarische) antimilitaristische Beiträge zur Kampagne „War starts here“.

Wir werden nicht über das staatliche Vorgehen jammern. Der Staat verfährt immer in dieser Logik, um die Ruhe im Inneren und an der Heimatfront zu bewahren, und diese durch Kontrolle, Überwachung, durch Kriminalisierung und durch Repression zu sichern.

Jede und jeder sollte sich darüber im klaren sein, dass der Staat nicht untätig zugucken wird, wenn wir ihn und seine (Herrschafts-)Strukturen in Frage stellen und angreifen. Auch dem aktuellen Ermittlungsstand können weitere Überwachungen, Anquatschversuche usw. folgen.

So zum Beispiel auch geschehen nach einem größerem Angriff auf die Bundeswehr in Hannover, bei dem in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni 2012 dreizehn Bundeswehrfahrzeuge auf dem Gelände des Bundeswehr-Versorgungszentrums abgebrannt sind. Staatsschützer besuchten Arbeitsplätze und Wohnungen von Menschen aus der autonomen Szene. An einer Berufsschule stellten sie Lehrer_innen und Mitschüler_innen Fragen zu einer Person. Mittlerweile haben einige Personen Zeugenvorladungen bekommen.
Wenn wir also wollen, dass sich Ideen und Kämpfe gegen diese kriegerische Normalität weiter verbreiten und intensivieren, müssen wir den Rückschlägen des Staates gemeinsam mit unserer Solidarität entgegenstehen. Schaffen wir ein starkes antimilitaristische Bewusstsein, das jede Autorität und Herrschaft in Frage stellt und uns einem Leben frei von Ausbeutung und Unterdrückung näher bringt.

Solidarische Antimilitarist_innen

PS: Anna+Arthur halten's Maul

War starts here – let´s stop it here Teil VI

Gegen den Werbefeldzug der Bundeswehr! Am 21. Januar 2013 ging die Bundeswehr am Helmut-Schmidt-Gymnasium in Hamburg-Wilhelmsburg auf Nachwuchsjagd. Jugendoffiziere waren für eine Veranstaltung der Jahrgänge 11 und 12 geladen und sollten im Rahmen eines Berufseinstiegstages den Job des Soldaten schmackhaft machen. Doch ganz ungestört verlief der Auftritt der Bundeswehr nicht. Noch vor Schulbeginn sammelte sich ein gutes Dutzend AntimilitaristInnen vor dem Schulgelände und protestierte gegen den Werbefeldzug der Bundeswehr.

Mit Flugblättern der Kampagne „Krieg beginnt hier!“ und des Bündnisses „Bildung ohne Bundeswehr“, die an die nach und nach eintreffenden SchülerInnen verteilt wurden, konnten auch antimilitaristische Akzente vor dem Schultor gesetzt werden. Auf einem Transparent war „Kein werben für´s sterben – Bundeswehrauftritte stoppen!“ zu lesen, auf einem andern wurde darauf aufmerksam gemacht, dass der Krieg hier beginnt. Die Reaktionen der SchülerInnen waren überwiegend positiv. Denn was die Bundeswehr an Bildungseinrichtungen verloren hat, fragen sich viele. Offenbar hat es sich rumgesprochen, dass öffentliche Auftritte des Bundeswehr immer häufiger auf Widerstand stoßen, weshalb auch die Polizei von Anfang an vor Ort war. Sie drohte den anwesenden AntimilitaristInnen mit Platzverweisen, woraufhin spontan eine Kundgebung angemeldet wurde. Die Bundeswehr selbst sollte erst am Mittag an die Schule kommen.

Am 7. Februar fand eine weitere Bundeswehr-Werbeveranstaltung, diesmal im Gymnasium Lämmermarkt/St. Georg, im Rahmen eines Berufsinformationstages statt. Wieder wurden zahlreiche Flyer und Zeitungen verteilt und auch innerhalb des Schulgebäudes tauchten überall Flugblätter auf. Laut Schuldirektor und der anwesenden Polizei wurde in der vorherigen Nacht die Schule massiv mit „Krieg beginnt hier“-Plakaten umdekoriert. Sauber!
Öffentliche Auftritte der Bundeswehr dienen nicht nur der Nachwuchsrekrutierung, sondern sollen die gesellschaftliche Akzeptanz für Militär und Kriegseinsätze erhöhen. Das extra ausgebildete Jugendoffiziere ausgerechnet auf Schülerinnen und Schüler losgelassen werden, also bei den Jüngsten mit der Indoktrinierung begonnen wird, spricht Bände. Die Einmischung des Militärs und der Rüstungsindustrie im Bildungsbereich nimmt immer weiter zu. In einer Zeit, in der die Bundeswehr weltweit im Einsatz ist – um Rohstoffe, geostrategische Positionen und den freien Warenverkehr zu sichern – soll eben auch die Akzeptanz an der Heimatfront erhöht werden. Krieg ist mittlerweile wieder Normalzustand dieser Gesellschaft geworden. Die aufdringlichen Imagekampagnen der Bundeswehr, ihr Eindringen in den Bildungsbereich und die zunehmende Verstrickung ziviler und militärischer Aufgaben sind Ausdruck einer aggressiver werdenden deutschen Außenpolitik, die auch militärisch die Interessen von Staat und Kapital durchzusetzen sucht.
Aber in vielen Städten werden die öffentliche Auftritte der Bundeswehr regelmäßig gestört. Auch in Hamburg kam es in der Vergangenheit immer wieder zu kleineren Protestaktionen. Es fällt den Militärs immer schwerer, sich widerspruchsfrei in Szene zu setzen. Wenn die Bundeswehr um Akzeptanz buhlt, müssen wir ihr einen Strich durch die Rechnung machen. Es ist wichtig, dass der Widerstand gegen Krieg und Militarismus noch breiter wird und der Bundeswehr keine ruhige Minute mehr lässt. Die Werbeveranstaltung im vergangenem Monat werden leider nicht die letzten dieser Art gewesen sein – aber auch nicht die letzten, bei denen mit Protesten zu rechnen ist. Bundeswehr wegtreten!



Angriff auf Privatwohnung von Lennart Große-Siebenbürgen

Wir haben in der Nacht vom 18.02.13 auf den 19.02.13 in Halstenbek in der Birkenallee 14, das Haus in dem der Neonazi Lennart Große-Siebenbürgen mit seinen Eltern wohnt, mit Farbe angegriffen. Zudem haben wir Outing-Fyler in die Briefkästen der NachbarnInnen getan.

Lennart auch „Leo" genannt ist aktiver Neonazi in der Kameradschaft „Weiße Wölfe Terrorcrew". „Leo" gilt in dieser braunen Gruppe, als Nachwuchs und orientiert sich an Sebastian Rudow, der Gründer der „Weißen Wölfe Terrorcrew".

„Leo" wird außerdem in der Gruppe als kreativer Kopf bezeichnet. Diese Kreativität drückt er unter anderem damit aus, indem er in unmittelbarer Nähe von seinem Elternhaus an einem Stromkasten „NS jetzt" sprühte. Somit wird klar, dass er seine menschenverachtende Ideologie nicht versteckt.

Er ist häufig auf rechten Veranstaltungen anzutreffen hier sind uns einige Aktivitäten von ihm. Er war unter anderem in Velten am 01.09.2012 beim Nationalen Fußballspiel dabei. Dort gab es Redebeiträge und es wurde zur Vernetzung der rechten Strukturen untereinander genutzt. Anschließend sind einige Neonazis, unter anderem auch „Leo", bei einer Aktion für die verbotene Kameradschaft „NW Dortmund" dabei gewesen. Dort wurde von der Kneipe „Zum Henker" in Berlin-Schöneweide eine Spontandemonstration gemacht, woraus Menschen mit Migrationshintergrund angegriffen wurden. Bei der NPD-Kundgebung in Hamburg-Bramfeld war „Leo" ein Teil der Schutzgruppe. Menschen die Flyer von AntifaschistenInnen an diesem Tag angenommen haben, wurden anschließend von „Leo" und seinen Kameraden angegriffen.

Auch in Wismar bei der Demonstration „Wir wollen leben" am 20.10.2012 war „Leo" beteiligt.

Zudem ist „Leo" immer wieder mit seinen Kameraden auf dem „Kiez" in Hamburg anzutreffen und greift dort in der Umgebung Menschen an, die nicht in das rechte Weltbild passen.

Wir werden dies nicht länger hinnehmen und werden offensiv gegen die Weiße Wölfe Terrorcrew, die aus ca. 35 Neonazis besteht, und allen anderen Neonazis, rechten Gruppen und Parteien vorgehen. Auch soll der Angriff den NachbarnInnen die Augen öffnen, dass in ihrer Nachbarschaft ein gewalttätiger Neonazi wohnt der vor nichts halt macht.

Deshalb heißt es die Strukturen der Rechten direkt anzugreifen. Den diese versuchen immer mehr ihre rechte Ideologie, gerade bei jungen Menschen zu festigen. Dies versuchen sie mit zum Beispiel Rechtsrockmusik oder über den herrschenden Alltagsrassismus, der in vielen Köpfen besteht und schnell auch zum Faschismus über schwenkt.

Dies heißt es zu verhindern! Nicht nur für linke AktivistenInnen, sondern auch oder grade die Eltern dürfen nicht wegschauen und sollten das Gespräch mit ihrem Kind suchen.

Deshalb rechte Strukturen an der Wurzel packen! Zeigen das wir wissen wo sie wohnen!

P.S.: Es gab auch einen separaten Erklärungstext von dem Angriff an die Eltern von „Leo"

Antifaschistische Offensive Nord



Farbe auf Ehrenmal

Unbekannte haben eine Engel-Skulptur auf dem Alten Friedhof in Harburg am 23.01.mit Farbe beschmiert und in grelles Pink getaucht. Die Bronze-Skulptur bildet ein Ensemble mit einem Ehrenmal für gefallene Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg. Wie groß der finanzielle Schaden ist und ob die Figur überhaupt von der Farbe befreit werden kann, ist noch offen. Die poröse Oberfläche mache die Reinigung schwierig, sagt ein Mitarbeiter des zuständigen Gartenbauamtes.

Quelle: Presse

Erklärung zu der militanten Aktion in der Ottensener Hauptstraße in Hamburg am 27.1.2013 gegen Geschäfte der Textilketten C&A, H&M, Zara, Tom Taylor und Promod.

April 2005, Bangladesch, ein Gebäude der Spektrum Fabrik, in welchem für Zara und New Yorker Produziert wird, stürzt ein. 64 Menschen sterben, 80 werden schwer verletzt.
Februar 2006, Bangladesh, bei einem Feuer in einer Textilfabrik im Südosten des Landes sterben 21 Menschen.
Februar 2010 Bangladesh, in der Nähe von Dhaka sterben durch ein Feuer in einer Fabrik des H&M Zulieferers Garib+Garib 21 Fabrikarbeiter_innen , 50 werden verletzt.
Dezember 2010, Bangladesh, über 50 Menschen sterben bei zwei Fabrikbränden u.a. in der Hameen Fabrik, die für GAP und Wrangler Textilien herstellt.
September 2012, Pakistan, ein Feuer in einer Textilfabrik, die im Auftrag von KIK arbeitet, kostet 259 Menschen das Leben.

24.11.2012, Bangladesh, es kommt zu einem verheerenden Brand in einer Fabrik der Firma Tazreen Fashion, die zur Tuba Group gehört. Mehr als 110 Menschen sterben, es gibt 200 Verletzte . Tazreen Fashion arbeitet für C&A, Carrefour, Walmart, Kik... Tausende Textilarbeiter_innen tragen in den darauffolgenden Tagen ihre Wut auf die Straße. Sie blockieren Straßen und liefern sich Auseinandersetzungen mit der Polizei.
Diesmal wollten wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Deshalb haben wir die Fensterfronten der oben genannten Firmen, die allesamt an der brutalen Ausbeutung der Näher_innen in Bangladesh und Pakistan, Vietnam, China, Mittelamerika... gut verdienen und dafür auch über Leichen gehen, zerstört, um in der Altonaer Einkaufsmeile ein deutlich sichtbares Zeichen zu setzen.

Die Arbeitsrealitäten in den Weltmarktfabriken in Bangladesh sieht so aus: 70-90 Stundenarbeitswoche, sexualisierte Gewalt gegen die Arbeiter_innen (der überwiegende Teil der Näher_innen sind Frauen zwischen 14 und 30 Jahren), durchschnittliche Monatslöhne von etwas über 20 Euro, gerade genug zum überleben, gewerkschaftliche Organnisierung ist meist untersagt...

In Bangladesh, dem zweitgrößten Textilexporteur der Welt, arbeiten mehr als 3 Millionen Menschen in ca. 5000 Textilfabriken vor allem für europäische und US-Textilkonzerne, die um die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen bei ihren Zulieferern wissen und das diese Fabriken Todesfabriken sind. Dennoch drücken sie weiter die Preise und kürzen die Lieferfristen. Ihre vermeitliche Betroffenheit in Anbetracht der mehr als 500 Toten bei Fabrikbränden und Einstürzen in Bangladesh seit 2005 ist verlogen. Die Entschädigungszahlungen für die Angehörigen sind Almosen. H&M (zweitgrößter Abnehmer in Bangladesh), C&A (fordert von seinen Zulieferern ein Mindestalter der Arbeiter_innen von 14 Jahren) und Zara (gehört dem dritt reichsten Mann der Welt, Amancio Ortega) weigerten sich bisher selbst minimale Schutzabkommen zu unterzeichnen.

Uns ist klar, das eine solche einmalige Aktion nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist, aber wir haben einfach mal angefangen und hoffen möglichst auf viele Mitstreiter_innen, die ihre Wut und ihren Widerstand in den Einkaufsparadiesen der Metropolen zum Ausdruck bringen.

Neupack: Streik wieder aufgenommen!



Am Morgen des 31. Januar 2013 wurde der Streik bei dem Verpackungsmittelhersteller Neupack in Hamburg-Stellingen und Rotenburg/Wümme wieder aufgenommen. Alle vormals Streikenden haben erneut die Arbeit niedergelegt.
Die IG BCE hatte den Streik am 24.01.2013 „ausgesetzt", um eine weitere Eskalation zu vermeiden, wie die Gewerkschaft sagte. Was sich in den letzten Wochen rund um den Arbeitskampf abspielte, hat einiges an Aufsehen erregt. Viele UnterstützerInnen hatten dafür gesorgt, dass die Streikbrecher nicht ungehindert das Firmengelände betreten konnten – während den Streikenden selbst Blockaden verboten waren. Die Eigentümerfamilie Krüger verschärfte ihrerseits den Klassenkampf von oben: Verhinderung einer Betriebsversammlung, Gerichtsverfahren, Kündigungen und Hetze gegen die Streikenden machten ihre Konfrontationshaltung deutlich. Wir rufen dazu auf, ab 5 Uhr wieder vor die Werkstore zu kommen, um die Streikenden zu unterstützen!

„You'll never walk alone"

„Arbeitskampf bei Neupack eskaliert" hatte das Hamburger Abendblatt am 12.12.2012 getitelt. Gemeint waren die zeitweisen Blockaden des Busses der Streikbrecher in Hamburg-Stellingen. Nach dem Verbot von sogenannten Blockaden durch das Hamburger Arbeitsgericht, die es den Streikenden wenigstens erlaubt hatten die Streikbrecher für einige Minuten aufzuhalten und zu informieren, waren den KollegInnen offiziell die Hände gebunden. Der IG BCE wurde mit Strafen bis zu 250.000 Euro gedroht. Aber mit der Zeit hatte sich eine neue Praxis vor den Werkstoren entwickelt. Was das Hamburger Abendblatt als Eskalation bezeichnete, war der Versuch die ökonomische Macht im Arbeitskampf – wenn auch nur für kurze Zeit – zurückzugewinnen. Zwischen 40 und 80 UnterstützerInnen hatten sich in aller Frühe an mehreren Tagen vor dem Werk eingefunden und sich dem Bus der externen Streikbrecher in den Weg gestellt. Die Menschenblockaden und die kämpferische Stimmung unter den Anwesenden führte dazu, dass der Bus der Streikbrecher mehrfach zwischen 1,5 und 2 Stunden aufgehalten wurde. Die Polizei sorgte schließlich dafür, dass die Streikbrecher die Menge passieren konnten. Am 17.01.2013 reagierte sie besonders hart, es kam zu Rangeleien und zu vier Festnahmen. Deutlicher hätte die Polizei nicht machen können, welche Funktion sie in dieser Gesellschaft einnimmt und welchen Stellenwert der „Schutz des Eigentums" für sie hat. Durch den Einsatz der Streikbrecher einer polnischen Leiharbeitsfirma, die anschließend von Neupack befristet übernommen und mittlerweile auf 58 Mitarbeiter aufgestockt wurden, wollte die Geschäftsführung den Streik ins Leere laufen lassen und sich eine Parallelbelegschaft aufbauen. Umso aggressiver reagierte sie auf die neuerlichen Blockaden und verbreitete in ihrer brandneuen „Betriebszeitung", dass es den UnterstützerInnen nur um Gewalt ginge. Eine absurde Behauptung, die einmal mehr verschleiern soll, welche strukturelle Gewalt vom Kapitalismus und dem bürgerlichen Staat ausgeht. Eine Eskalation haben sich die Eigentümer von Neupack selbst zuzuschreiben.

Kleinkrieg gegen Gewerkschaft und Belegschaft

Für Montag und Dienstag waren Betriebsversammlungen in Hamburg-Stellingen und Rotenburg geplant, zu denen der Betriebsrat eingeladen hatte. In Hamburg verhinderte der Sicherheitsdienst, dass der zuständige Gewerkschaftssekretär der IG BCE das Gebäude betreten konnte, worauf die Betriebsversammlung nicht stattfand. Einer einstweiligen Verfügung der IG BCE wurde Recht gegeben und der Gewerkschafter durfte inzwischen an der nachgeholten Versammlung teilnehmen. Das gewerkschaftsfeindliche Auftreten der Familie Krüger wurde mittlerweile auch im NDR thematisiert, der auch bei besagter Szene mit einem Kamerateam anwesend waren. Das Image der Krügers hat unzweifelhaft gelitten, was ihnen bei anhaltender Produktion aber nicht besonders wehtun dürfte. Zuvor hatte Neupack versucht den Streik gerichtlich verbieten zu lassen. Das Gericht wies die Klage aber in allen Punkten ab. In den Medien versucht sich die Geschäftsführung als Opfer einer aufgebrachten Belegschaft und einer hinterlistigen Gewerkschaft zu inszenieren, während sie die „ehrbaren Kaufleute" seien.

Neue Strategie oder alte Leier?

Vor der Unterkunft der polnischen Streikbrecher kam es zu einem Zwischenfall. Offenbar wurde ein Streikbrecher in Folge einer Auseinandersetzung schwer verletzt und befindet sich zurzeit im Krankenhaus. Was für Neupack gefundenes Fressen war, um der Gewerkschaft eine Eskalation vorzuwerfen, nutzte aber auch die IG BCE auf eine ganze andere Art. Schon länger machte sich der Eindruck breit, dass die Gewerkschaft ratlos ist, wie sie weiter vorgehen soll und den Arbeitskampf am liebsten loswerden will. Zur Vermittlung wollte sie daraufhin einen – noch unbekannten – prominenten Schlichter einschalten, worauf Neupack bisher nicht reagierte. Als „gute Geste" schickte die IG BCE die Streikenden zurück an die Arbeit, um eine weitere Eskalation zu verhindern, wie es hieß. Für viele Streikende war es ein zweifelhafter Schritt, der hitzige Diskussionen im Streikzelt auslöste. Nach den ersten Arbeitstagen sagten die vormals Streikenden aber immer noch, dass ihr Kampf weitergeht – mit veränder-

ter Strategie. Die Gewerkschaft spricht von einem sogenannten Flexi-Streik. Mit anderen Worten: Die Krügers hatten mit weiteren Arbeitsniederlegungen zu rechnen, zu denen es jetzt wieder kommt.

Kämpfen oder betteln?
Die Gewerkschaft im Zwiespalt

Das gebetsmühlenartige Betonen der Sozialpartnerschaft durch die IG BCE gedieh vor der Kulisse von Neupack zu einer Tragödie für die Gewerkschaft. Die Eigentümerfamilie Krüger will von einer Vermittlung zwischen Kapital und Arbeit nichts wissen und führt die IG BCE – die den Klassenkampf nicht kennt – gebührend vor. Die Kompromisslosigkeit des Kapitals trifft auf eine relativ bewegungsarme Gewerkschaft. Die kämpferischen KollegInnen sind da um einiges weiter und beweisen, dass sie hartnäckig bleiben. Zwei Tage musste die Gewerkschaft die Streikenden auf das Rein-Raus-Konzept einschwören, denn die wenigsten waren anfangs bereit zurück zur Arbeit zu gehen. Trotzdem haben sie die neue Arbeitskampf-Strategie akzeptiert, weil klar war, dass der Streik ohne finanziellen Schaden dem Unternehmen kaum schmerzt. Etwa 80 solidarische UnterstützerInnen begleiteten die KollegInnen daraufhin zum Tor, von wo aus sie in kleinen Gruppen – begleitet von Securitys – an ihre Arbeitsplätze zurück gebracht wurden. Manche wurden direkt freigestellt, anderen mit Versetzung gedroht oder gar Kündigungen übergeben. Jetzt gehen sie mit dem erneuten Streik wieder in die Offensive.

Es ist noch nicht vorbei!

Seit dem 1. November befinden sich die KollegInnen von Neupack im Arbeitskampf für einen Haustarifvertrag. Sie wollen mehr Lohn, gleiche Entgelte für gleiche Arbeit und klare Regelungen für Urlaubs- und Weihnachtsbezahlung. Der Streik ist mittlerweile zum längsten Arbeitskampf seit Mitte der 1970er Jahre in Hamburg geworden – Verhandlungen sind noch immer nicht in Sicht. Die KollegInnen brauchen nach wie vor breite Solidarität. Der Soli-Kreis Neupack, der sich zur Unterstützung des Streiks gebildet hat, führt in jedem Fall seine Arbeit fort und wird auch in Zukunft Unterstützungsaktionen organisieren.

Die Niederlassung von Neupack in Hamburg-Stellingen befindet sich im Doerrisweg 15, das Werk in Rotenburg/Wümme im Jeersdorfer Weg 14. Rund um die Uhr treffen sich Kolleginnen und Kollegen im Streikzelt.







Literatur & Politik

Schulterblatt 55
20357 Hamburg
Tel. 040 – 430 08 08
Fax. 040 – 430 16 37
info@schanzenbuch.com
www.schanzenbuch.com

Unsere Öffnungszeiten:

Montag – Freitag
9.30 Uhr – 19.00 Uhr

Samstag 10 – 18 Uhr



Flora Termine im März/April
unter rote-flora.de



Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) -
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr